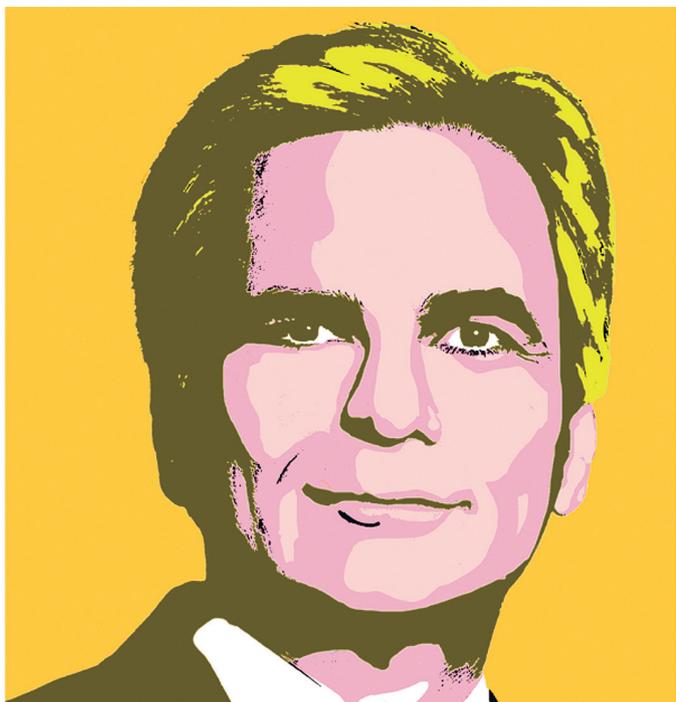


mo

MAGAZIN FÜR MENSCHENRECHTE NR. 32



Magazin für Menschenrechte 3/2013, September/November, Herausgeberin: SOS Mitmensch, Zollergasse 15/2, A-1070 Wien, www.monmagazin.at



GEHT MEHR DEMOKRATIE?

Was hilft, das nervt manchmal

Ein großer Teil dieser Ausgabe des MO-Magazins für Menschenrechte wird mittels Straßenkolportage vertrieben.

Straßenkolportage hilft den Menschen, die die Zeitung verkaufen. Denn bei den KolporteurInnen handelt es sich ausnahmslos um bedürftige Menschen. Für sie ist jeder dazuverdiente Euro eine wichtige Hilfe im Kampf ums existenzielle Überleben.

Straßenkolportage leistet einen wichtigen Beitrag zur Medienvielfalt in Österreich. Österreich braucht eine lebendigere Medienlandschaft und unsere Gesellschaft braucht eine Vielfalt an Perspektiven.

Straßenkolportage hilft SOS Mitmensch beim Vertrieb seines Menschenrechtsmagazins. Wir wollen mit dem MO zu einer offeneren, demokratischeren und lebendigeren Gesellschaft beitragen.

Straßenkolportage nervt aber auch manchmal. Es gibt Situationen, in denen man keine Lust hat, eine Straßenzzeitung unter die Nase gehalten zu bekommen. Es gibt Situationen, in denen KolporteurInnen zu hartnäckig ihrem schwierigen Geschäft nachgehen oder sich nicht korrekt verhalten. Und es gibt nichtautorisierte VerkäuferInnen und BettlerInnen, die ihr Glück mit einem MO in der Hand versuchen.

Wir nehmen jede Beschwerde sehr ernst. Wir führen Schulungen durch und versuchen den Austausch mit den KolporteurInnen zu intensivieren. Aber all das ist natürlich keine absolute Garantie dafür, dass es nicht da oder dort doch zu Fehlverhalten kommt. Was uns allerdings immer wieder sehr positiv bewegt, ist die Tatsache, dass sich fast alle Menschen, die sich über das Verhalten einzelner KolporteurInnen beschwerten, solidarisch mit dem SOS Mitmensch Kolportage-Projekt erklären. Viele sprechen auch ein großes Lob für die Qualität des MO-Magazins für Menschenrechte aus.

Daher steht es für uns außer Frage, dass wir unser Straßenzzeitungsprojekt weiter führen möchten. Unsere Bitte an Sie: Kaufen Sie unsere Zeitung nur von KolporteurInnen, die den MO-Ausweis sichtbar tragen. Und wenn Sie das Verhalten eines Kolporteurs oder einer Kolporteurin unangemessen finden, dann schicken Sie uns eine Nachricht an: office@sosmitmensch.at

Danke.



JETZT SPENDEN!
PSK 91000590, BLZ 60000



Echtheitsanspruch als serielles Erlebnis: Polit-Inszenierungen.
Illustration: Eva Vasari

W

Liebe Leserin
Lieber Leser

Wie aus der Warhol'schen Siebdruck-Serie wirkt die Politik, insbesondere in Wahlkampfzeiten. Statt Marilyn Monroe reihen sich nun die Konterfeis von Parteichefs seriell aneinander. Sie machen freundliche Nasenlöcher und versprechen im Gleichklang alle das Beste für das Land. Das heißt nicht, dass auch ihr sozialer Gehalt vollkommen gleich austariert ist. Die Solidarität der einen ist den Unternehmen und Reichen vorbehalten, die der anderen „den Österreichern“. Der Wahlsieg wird am Ende vor allem ein Sieg der jeweiligen PR-Fachleute sein, deren inhaltsleere Kampagnen Profilschärfe scheuen und lieber auf den größten gemeinsamen Wischiwaschi-Nenner an Wählerschaft abzielen. Die Grünen haben wir auf dem Cover ausgenommen, sie passen meist noch nicht zu dieser Art von Retortenpolitik. Das hat auch den Nebeneffekt, dass das fescbe Männerquartett nicht durch die einzige Parteichefin gestört wird. Aufgaben für die Politik gäbe es natürlich genug. Dass das Parlament sich zu einer „verlängerten Werkbank der Parteien“ entwickelt hat, statt seiner Rolle als Gesetzgeber nachzukommen, wie der Verfechter der direkten Demokratie, Johannes Voggenhuber, es formuliert, ist nur eine davon. Dass der Neoliberalismus dem demokratischen und sozialen Gefüge unserer Gesellschaft bereits irreparable Schäden zugefügt hat, wie der Politikwissenschaftler Colin Crouch im Interview erklärt, eine andere. So wird das Cover der Parteichefs zur Ikonographie des Sarkasmus: Es lebe die Postdemokratie!

Spannende Momente wünscht
Gunnar Landsgesell



Foto: Magdalena Blaszcuk



Foto: Christian Plähn



Foto: Karin Wasner

Einstieg

3 EDITORIAL

4 INHALTSVERZEICHNIS

7 HANDLUNGSBEDARF

Volksdroge Ethnisierung - Warum ist die Nationalität bei der Berichterstattung für Medien so wichtig?

Kommentar: Alexander Pollak

Dossier Demokratie

8 WAS WILL DAS VOLK?

Soll der Parlamentarismus gestärkt oder die direkte Demokratie ausgebaut werden? Ein Streitgespräch zwischen Sonja Ablinger, Johannes Voggenhuber und Erich Mayer.

Moderation: Corinna Milborn

12 SUPERNACKTE POLITIK

„Spindi“ lässt sich die Haare wachsen, Faymann segelt über den Neusiedlersee, Stronach spielt sich selbst. Der Versuch, authentisch zu sein, ohne Profil zu zeigen. Eine Betrachtung. *Text: Fritz Franz*

14 NICHT NORMAL, NEOLIBERAL

Irreparable Schäden ortet der britische Politologe Colin Crouch durch das Duett eines pervertierten Konzern-Neoliberalismus mit den politischen Eliten. Wer rettet uns? *Interview: Gunnar Landsgesell*

18 VOM DEMOS ZUM ETHNOS

Wie sich der Rechtsextremismus mit der Demokratie arrangiert hat. *Text: Andreas Peham*

22 EINE ANDERE WAHL IST MÖGLICH!

Ein Fünftel der Menschen in Wien darf nicht wählen. Über zwei Initiativen, die das dennoch möglich machen.

Texte: Martin Birkner, Alexander Pollak

Andere Themen

24 „RUFEN SIE UNS NICHT AN“

Unter vielen MigrantInnen ist die MA 35 bezüglich Einwanderung als Stillstandsbehörde verschrien. Ein Lokalausgangsschein von *Clara Akinyosoye*.

28 MILLIONÄRE IN GEWÖLBEN

Die Innenministerin hat Flüchtlinge aus dem Servitenkloster mit Vorwürfen bedacht, die selbst die Polizei nicht bestätigen kann. Alles nur ein Manöver? *Text: Tina Leisch*

31 DER UNBEUGSAME

Bülent Öztöplü war viele Jahre lang eine der zentralen Figuren der Migrationspolitik. Bis er sich zurückzog. Ein Hintergrundgespräch.

Interview: Niko Katsivelaris

34 FÜHLST DICH WIE RAMBO

Als Jugendlicher gerät Momo in einen Kreislauf der Gewalt. Auch die Jugendhaft durchbricht diesen nicht. Was läuft schief im Vollzug?

Reportage: Hanna Silbermayr

Rubriken

37 NEUES VON DER BOCK

Frau Bock geht es nicht gut. Sie macht sich Sorgen um die Kinder. *Aufgezeichnet von Susanna Gartler*

38 KOMMENTARE

Martin Schenk über Dorian Gray und Facebook. Philipp Sonderegger über verletzte Schutzpflichten. Olivera Stajic über Reality-TV als Flüchtlingsspiel.

40 POPULÄRKULTUR

Demnächst im Kino: zwei Filme über binationale Ehepaare und den Mythos der globalen Überbevölkerung.

41 SPOTLIGHT

Gerlinde Grohotolsky setzt sich im Burgenland dafür ein, dass Flüchtlinge in Pensionen human versorgt werden. *Text: Sónia Melo*

45 SOS MITMENSCH

... hofft auf Spenden zur Fortführung seiner Menschenrechtsarbeit.

46 ANDERE ÜBER ...

Susanne Scholl hält es für einen Demokratie-Standard, dass Menschen an ihrem Lebensmittelpunkt wählen können.

17 IMPRESSUM



Entwicklungszusammenarbeit wirkt

Bessere Lebensbedingungen, mehr Chancen und Perspektiven – Entwicklungszusammenarbeit trägt dazu bei. Wir unterstützen unsere Partner auf ihrem eigenen Weg.

Die Österreichische Entwicklungszusammenarbeit setzt sich seit Jahren für mehr Sicherheit und Gerechtigkeit ein. Nur mit Bildung für alle, verlässlicher Wasser- und Energieversorgung, zukunftsweisender wirtschaftlicher Entwicklung und stabilen demokratischen Strukturen kann Armut gemindert werden. Österreich engagiert sich in Afrika, Asien, Zentralamerika und Südost- und Osteuropa. Damit es uns allen besser geht.

- Armut mindern
- Frieden sichern
- Umwelt schützen

Österreichische
Entwicklungszusammenarbeit

www.entwicklung.at

Arbeitslosigkeit – das unterschätzte demokratiepolitische Problem

Im Wahlkampf übertreffen Parteien einander mit Vorschlägen, Arbeitsplätze zu schaffen bzw. Arbeitslosigkeit zu bekämpfen. Von einer „tickenden Zeitbombe“ ist die Rede, und vor Molotow-Cocktails werfenden Jugendlichen wird gewarnt. Dabei gerät ein demokratiepolitisches Problem aus dem Blick: Apathie.

Dauerphänomen Langzeitarbeitslosigkeit

Bereits vor 80 Jahren beschrieb die weltbekannte Marienthal-Studie die drastische Wirkung von Langzeitarbeitslosigkeit: es ist eine müde Gemeinschaft, nicht eine rebellierende. Politikmüdigkeit als Ausdruck einer Gesamthaltung, die sich festmachen ließ an abnehmender Leselust, zurückgehenden Vereinsaktivitäten und der Niederlegung politischer Ämter.

Perspektivlosigkeit, Vertrauensverlust und geringes Interesse am öffentlichen Leben begleiten Langzeitarbeitslosigkeit auch heute. Betroffene erleben Arbeitslosigkeit als soziale Ungerechtigkeit, die mit wachsender Dauer zu sozialem Rückzug führt. Wer lange bzw. oft mit Dauerarbeitslosigkeit konfrontiert ist, verliert das Interesse an politischer Teilhabe und das Vertrauen in demokratische Prozesse – selbst ein Anstieg rechtsextremer Einstellungen ist feststellbar.

Der „zweite Arbeitsmarkt“

In dieser Phase wachsender Unsicherheit lohnt es sich, bewährte arbeitsmarktpolitische Instrumente zu nutzen und auszubauen. Sozialintegrative Unternehmen verbinden Beschäftigung mit sozialer Stabilisierung langzeitarbeitsloser Menschen, über befristet geförderte Arbeitsplätze erhalten sie soziale Kontakte, erfahren Anerkennung. Zudem nutzen die TeilnehmerInnen ihre Zeit dazu, mit gestärktem Selbstwertgefühl eine Stelle am ersten Arbeitsmarkt zu finden. Die Betriebe übernehmen gesellschaftlich sinnvolle Tätigkeiten in Nischenmärkten. Dabei werden sie nicht selten zu Pionieren nachhaltiger Geschäftsideen, wie z.B. bei Möbel und Design aus Recyclingmaterialien oder dem Angebot sozialer Besuchsdienste.

Diese aktive Arbeitsmarktpolitik ist mehr als ein Schlagwort. Sie bietet Arbeit suchenden Menschen einen sinnvollen Rahmen des Tätigseins, eine grundlegende Voraussetzung, um politisch partizipieren zu können.

DSE-Wien

Seit über zehn Jahren vertritt der Wiener Dachverband für sozial-ökonomische Einrichtungen Organisationen, die langzeitbeschäftigungslose Menschen beraten, qualifizieren und beschäftigen. Am 18.9. findet im AK-Bildungszentrum Wien die Jobmesse Perspektive 13 statt, die das Job- und Beratungsangebot der Sozialintegrativen Unternehmen Wiens vorstellt. Kommentar von Christoph Parak, Geschäftsführer DSE-Wien, Infos auf: www.dse-wien.at

MEDIENPOLITIK

Volksdroge Ethnisierung

Medien fungieren seit Jahren als Dealer für Ethnisierung. Jetzt setzen einige Medien ihre LeserInnen auf kalten Entzug.

Kommentar: Alexander Pollak



Illustration: Petja Dimitrova

„Weißer Kastenwagen!? Messerattacke!? Keine österreichisch klingenden Vornamen, sondern gar keine Namensnennung!? Zwei Täter!? Aha! Kombiniere, Kombiniere ...“, schreibt PosterIn „totalkrash“ im Krone-Forum unter einem Artikel über eine Messerstecherei. „Man weiß ja, welche Bevölkerungsschicht schnell mit dem Messer zur Hand ist“, ergänzt PosterIn „ginopaoli“. Ethnische Zuordnung ist in Österreich Alltag und „Woher kommst du?“ eine gern gestellte Frage. Die Frage kann für harmlosen Smalltalk stehen, aber auch dafür, dass man Personen in eine Herkunftsschublade stecken und signalisieren möchte, du kommst wohl nicht von hier.

Die Frage „Woher kommst du?“ bestimmt auch Teile der Polizeiarbeit. Wenn die Polizei Personenkontrollen durchführt, entscheidet oft das „ausländische Aussehen“ darüber, wer kontrolliert und mit Kriminalität in Verbindung gebracht wird.

„Woher kommst du?“ ist schließlich schon lange integraler Bestandteil der Chronikberichterstattung vieler Medien. Ethnische Zu-

ordnungen führen dazu, Emotionen zu kanalisieren und den Eindruck zu vermitteln, das Böse habe mit dem „echten Österreich“ nichts zu tun, sondern komme fast immer von außen.

„Gelebte Zensur“

„Ich verwette Haus und Vermögen, dass die Vergewaltiger nicht aus Österreich sind bzw. einen Migrationshintergrund haben!“, schreibt PosterIn „Velociraptor“ im Forum der Kleinen Zeitung. Vielen PosterInnen scheint es einen drogenähnlichen Kick zu geben, wenn sie sich mittels der medialen Chronikberichterstattung daranmachen, tief sitzende Vorurteile zu befriedigen und über „Ausländer“ und „moralisch minderwertige Ethnien“ herzu ziehen.

Dass einige Medien die Ethnisierungsschiene inzwischen verlassen haben, stößt auf dementsprechend heftigen Widerstand. Die Absetzung der Droge wird nicht kampfflos hingenommen. „Hier wird die Zensur und die politische Korrektheit deutlich übertrieben“, schreibt etwa PosterIn „gegen den Strom 2“

im Standard-Forum. Und PosterIn „Kofi2k“ schreibt: „Das ist gelebte Zensur. Wäre der Täter Österreicher, so würde es dastehen. Da nichts dasteht – wohl kein Österreicher?“ Ethnisierung verhindert eine sachliche Auseinandersetzung mit Ereignissen und Tat-hintergründen. Urteile werden durch Vorurteile ersetzt; aus Einzelereignissen wird plötzlich eine Gesamtschau über eine Bevölkerungsgruppe, die es in der vorgestellten homogenen Form überhaupt nicht gibt. Ethnisierung bereitet den Boden für gesellschaftliche Spaltung und Diskriminierung. Ethnisierung trifft keine Fremden, sondern Menschen, die uns im Alltag ganz nahe sind. Medien tun richtig daran, das angeregte Spiel der Spaltung und des Auseinanderdividierens nicht mitzuspielen. Sie sollten ihre LeserInnen allerdings nicht einfach auf kalten Entzug schicken. Sie sollten ihre Chronikberichterstattung auf Vorurteilelemente und Vorurteils-katalysatoren durchleuchten und ihren LeserInnen offensiv erklären, warum sie nicht mehr als Dealer für die Volksdroge Ethnisierung fungieren wollen.

INTERNATIONALES FILMFESTIVAL DER MENSCHENRECHTE

5. DEZ.
BIS 12. DEZ.

this human world 2013

GARTENBAU TOPKINO
SCHIKANEDER FILMCASINO

this
human
world



www.thishumanworld.com



Kathi Henz / Mario Rott

Die gemeine Gerbera war schon immer Gretas liebste Grünpflanze. Die körbchenförmigen Blütenstände, die fiederteiligen Blätter, die zweizipfelige Kronröhre... Niemals würde ein von Menschenhand erschaffenes Artefakt auch nur annähernd so symmetrisch und rundherum vollkommen sein. Die einzige Ausnahme war da vielleicht Gretas neue Sonnenbrille, zufällig in ihrer Lieblings-Gerbera-Farbe...

Brillen.manufaktur [®]

Nikolaus Hauser

Neubaugasse 18 1070 WIEN T/F +43 01 523 82 00



Alle **Menschen**

sind **frei** und **gleich** an

Würde und **Rechten**

geboren.

TAXI 40100

taxi40100.at



DAMOKLES- SCHWERT DIREKTE DEMOKRATIE

Ist das Parlament nur noch die verlängerte Werkbank der Parteizentralen? Ein Streitgespräch über die Forderung nach mehr direkter Demokratie zwischen der SPÖ-Nationalratsabgeordneten Sonja Ablinger, Erich Mayer von der „Initiative mehr Demokratie“ und Johannes Voggenhuber, Initiator des Volksbegehrens „Demokratie jetzt“.

Moderation: Corinna Milborn

Fotos: Magdalena Blaszcuk

Herr Voggenhuber, Sie haben das Demokratie-Volksbegehren hinter sich. Warum gab es vergleichsweise wenig Unterstützung für diese Initiative?

Johannes Voggenhuber: Dazu haben auch die Parteien beigetragen, sie haben in den vergangenen Monaten die direkte Demokratie durch diverse Alibi-Befragungen missbraucht. Das Bildungsvolksbegehren mit 380.000 Menschen hat man hingegen als Flop abgetan. Zwar wollte das Parlament aktiv werden, aber die Parteizentralen haben das gleich abgestellt. Das Ergebnis dieser Politik ist eine zermürbte und entmutigte Bürgerschaft. Die oben lachen, die unten merken es nicht.

Frau Ablinger, sind Sie eine jener, die jetzt lachen?

Sonia Ablinger: Nein, das war jetzt aber auch ironisch gemeint. Ich denke mehr daran, dass es im Bereich der parlamentarischen Demokratie selbst sehr viel Aufholbedarf gäbe. Es ist extrem ärgerlich, wie kurz etwa die Begutachtungszeiten sind. Oft bleibt nicht einmal Zeit, mit Experten zu sprechen. Beim Fremdenrecht ist es nicht unüblich, Begutachtungen über die Weihnachtsferien zu verschicken. Das zeigt: Im parlamentarischen Gesetzgebungsprozess gäbe es genug zu tun.

Wie stehen Sie zu mehr direkter Demokratie?

Ablinger: Ich bin eher skeptisch, ob so mehr Teilhabe garantiert werden kann. Wenn man sich die Beteiligung an verschiedenen Bürgerinitiativen anschaut, stellt sich heraus, dass sie von Leuten mit Geld und besserer Bildung dominiert werden. Studien ergeben, überspitzt formuliert, dass männliche Techniker in Pension diese Initiativen dominieren.

Herr Mayer, Sie setzen sich für direkte Demokratie ein. Sollen tatsächlich jene, die über Zeit, Geld und Informationen verfügen, bestimmen, welche Themen verhandelt werden?

Erich Mayer: Das Problem ist, dass wir heute eine sehr verzerrte Demokratie haben, die keineswegs repräsentativ ist. Es gibt ja jetzt schon Interessengruppen, die einen privilegierten Zugang zur Gesetzgebung haben, teilweise institutionalisiert wie die Sozialpartner, teilweise Lobbyisten, die in der Begutachtungsphase aktiv werden. Darunter gibt es einige, die auch etwas an die Parteien spenden können.

Damit ist aber der gesamte Gesetzwerdungsprozess nicht repräsentativ. Und genau deshalb wollen wir eine direkte Demokratie – um den ausgehöhlten Parlamentarismus wieder zu stärken. Wir sehen in der Schweiz, dass auf diese Weise viel stärker auf die wahren Interessen der Bevölkerung Rücksicht genommen werden muss.

Wie wollen Sie sichern, dass alle Bevölkerungsschichten daran teilnehmen können?

Mayer: Über das Grundeinkommen, das Mindesteinkommen, auch über die verfügbare Information durch ein Abstimmungsbüchlein, das wie in der Schweiz an alle Haushalte geht. Wichtig ist, dass die Bevölkerung selbst ihre Interessen vertritt und das politische System reformiert, weil ich nicht glaube, dass die Politik in Sachen Parteienfinanzierung und Lobbyinggesetze gegen eigene Interessen etwas beschließen wird.

Ablinger: Da würde mich schon interessieren, was Sie unter *den* Interessen der Bevölkerung verstehen? Da gibt es doch ganz unterschiedliche Interessenlagen. Und zweitens: Wer sagt, dass nicht auch direktdemokratische Mittel von Lobbygruppen missbraucht werden können? Da könnte jemand viel Geld für Werbemittel zur Verfügung stellen. Die Frage ist grundsätzlich, wie wir zu mehr Demokratie kommen. Dazu muss der Klubzwang diskutiert werden, aber auch das, was man als innerparteiliche Demokratie versteht. Die Fassade der Geschlossenheit, nachdem der Parteivorsitzende etwas gesagt hat, heißt ja nur, dass dieser eben schon für alle entschieden hat. Wer dann noch etwas sagt, riskiert, dass der Chef das Gesicht verliert.

Das heißt, Sie treten für Parteien ein, die für die verschiedenen Interessen der Bevölkerung stehen und die Raum bieten,

DIREKTE DEMOKRATIE: SKEPSIS BEI EMOTIONALEN THEMEN IST BERECHTIGT. SONJA ABLINGER

diese zu verhandeln. Herr Voggenhuber, einer der Kritikpunkte an direkter Demokratie ist die Frage, wie man mit den Milliardären, mit den großen Lobbys umgeht, die viel Geld haben? Man weiß vom Waschmittel, dass Werbung funktioniert, warum sollte das in der politischen Diskussion weniger gut funktionieren?

Voggenhuber: Sie sehen ja bereits an SPÖ und ÖVP, durch welches unterirdische Bewässerungssystem sie sich seit sechs Jahrzehnten ihre Monopolstellung gesichert haben. Da gibt es die verschiedensten Geldquellen – von Steuern bis Lobbys und Industrie. Viele Probleme, über die wir reden, ließen sich nur über eine gut entwickelte demokratische Kultur lösen. Hätten wir unabhängige Medien und ein Parlament, das Gesetzgeber dieses Landes ist statt der Regierung, die die Gesetze gemeinsam mit Lobbys in einem verschleierte Interessensprozess besorgt, dann wäre das anders. Anders auch als in der vielgescholtenen EU, wo Lobbyisten auf einer Liste ausgewiesen werden müssen, sitzen in Österreich die Lobbyisten im Parlament. Dort haben Sie z. B. einen Schweinezüchter als Abgeordneten sitzen, der dann Vorsitzender im Tiertransportausschuss ist. Hinsichtlich dieser fehlenden Trennung gibt es in Österreich überhaupt kein Problembewusstsein.

Das haben Sie interessant ausgeführt, wie aber lautet die Antwort auf die Frage des möglichen Missbrauchs von Geldern in der direkten Demokratie?

Mayer: Also eines der stärksten Argumente für die direkte Demokratie ist, dass man das Volk nicht mit dem eigenen Geld bestechen kann. Sechs Millionen Wahlberechtigte einzukaufen, wie wollen Sie das denn tun? Die Telekom hat zwar zehn Millionen Euro investiert und dafür ein Gesetz bekommen, mit dem sie vielleicht 50 oder 60 Millionen Euro verdient hat. In der direkten Demokratie hätte die Telekom aber eine Kampagne fahren müssen, um die Österreicher zu überzeugen, dass die Ausschreibung eines neuen Senders



Sonja Ablinger sieht einen Konnex zwischen Demokratieverdrossenheit und sozialer Ungleichheit. Die politische Beteiligung sinkt seit den 80ern parallel zur wachsenden Ungleichheit.

auf eine bestimmte Weise zu erfolgen hat. Wie sollte ihr das gelingen?

Zum Beispiel mit einer Werbekampagne.

Mayer: Ja schon, aber wie das Beispiel Schweiz zeigt, gewinnen da nicht immer die Milliardäre. Dort gibt es die *Economie Suisse*, das ist die Industriellenvereinigung der Schweiz, die ist zwar bei vielen Volksabstimmungen ein Key Player, gewinnt aber bei Weitem nicht jede Kampagne. Bei zu massiver Präsenz wird der Bürger schon skeptisch über die Interessen dahinter. Aber noch etwas Grundsätzliches zur direkten Demokratie: Das heißt nicht, dass über jede Frage abgestimmt wird. In der Schweiz erfolgen 97 Prozent der Entscheidungen im Parlament. Das Referendum schwebt aber über jedem Gesetzesbeschluss wie ein Damoklesschwert.

Frau Ablinger, hätten Sie für Menschenrechte und gegen das neue Fremdenrecht gestimmt, wenn das Damoklesschwert der Mehrheitsentscheidung über Ihnen geschwebt wäre? Bzw. hätten Sie Vertrauen, dass die Mehrheit der Bevölkerung für mehr Menschenrechte im Bereich Asyl stimmen würde?

Ablinger: Skepsis ist berechtigt bei Themen, die emotional so aufgeladen werden können. Man sieht ja aktuell, wie Ausländerfeindlichkeit politisch benutzt wird. Auch die Abstimmung über Minarette in der Schweiz ist ein

Beispiel. Ein Punkt fehlt mir aber in dieser Debatte: Es wächst ja nicht nur die Demokratieverdrossenheit, sondern auch die soziale Ungleichheit. Man kann beobachten, wie die politische Beteiligung seit den 80er Jahren parallel zur wachsenden sozialen Ungleichheit abnimmt. Wenn sich also so viele Menschen ins Abseits gestellt fühlen, dann muss man über diese Zusammenhänge diskutieren.

Mayer: Dass Emotionen rasch mal instrumentalisiert werden, glaube ich nicht. Der direkten Demokratie wirft man eher vor, zu langsam zu sein. In der Schweiz dauert es vom Sammeln der Unterschriften bis zum Gesetzesentscheid zwei bis vier Jahre. In Österreich hat man schon in einem halben Jahr ein Gesetz durchgebracht. Das Tempo ist also nicht die Gefahr. Zum Zweiten: Prof. Haller in Graz hat erhoben, welche Themen die Österreicher überhaupt für Referenden zulassen würden. EU-Fragen wie der Euro-Rettungsschirm gehören dazu, die Todesstrafe und Menschenrechtsfragen aber nicht. Die Angst vor einer Verschlechterung der Standards ist mir deshalb schleierhaft. Und eine Gegenfrage: Was, wenn neue Parteien in das Parlament kommen, die offen ausländerfeindlich agieren? Soll man die auch verbieten? In Kärnten wurde im Baurecht de facto ein Minarettverbot festgelegt. Man hat die Entscheidung, nicht aber die Methode kritisiert. Im Fall der Schweiz wurde beim Minarettentscheid sofort vor der di-



Voggenhuber zu Mayer: „Jetzt verschleiern Sie etwas: In unserem Volksbegehren war klar festgelegt, dass über Grundrechte, die sich ja aus der Würde des Menschen ableiten, nicht abgestimmt werden kann.“

rekten Demokratie gewarnt.

Voggenhuber: Aber jetzt verschleiern Sie etwas: In unserem Volksbegehren war klar festgelegt, dass über Grundrechte, die sich ja aus der Würde des Menschen ableiten, nicht abgestimmt werden kann. Das Minarettverbot ist auch in der Schweiz grundrechtswidrig, deshalb wird es auch nicht vollzogen. Diese Abstimmung ist null und nichtig. Was Sie aber für Kärnten beschreiben, ist ein Fall für den Verfassungsgerichtshof, und bis diesen Rechtsmissbrauch über das Baurecht aufgehoben hat, dauert es eben. Das Problem ist vielmehr, dass es keinen oder nur sehr eingeschränkten Zugang beschädigter Minderheiten zum Verfassungsgerichtshof gibt.

Sie sind alle politisch eher links angesiedelt, die politische Rechte fordert auch mehr direkte Demokratie. Wie sehen Sie das?

Ablinger: Tatsächlich muss man sich ansehen, ob dieser Ruf nach mehr direkter Demokratie nicht auf autoritären Füßen daherkommt...

Voggenhuber: Immer schon.

Ablinger: ... und was mir in dieser ganzen Diskussion fehlt, ist, dass es extrem viele Defizite gibt: im Parlament, in der Frage der Beteiligung und der Gewerkschaften. Denken Sie daran, wie unter Schwarz-Blau die Uni-Mitbestimmung abgebaut wurde ...

Voggenhuber: Ich gebe Ihnen schon recht, aber stellen Sie es bitte nicht so dar, dass die direkte Demokratie die Konkurrenz zum Parlamentarismus wäre. Bei aller Skepsis

über die Emotionalisierung von Themen oder die Knopfdruckdemokratie im Zeitalter des Internets ist doch das Parlament eindeutig der Gewinner der direkten Demokratie. Wer wird denn appelliert? Das Parlament und nicht die Regierung! Jetzt ist das Parlament doch nur die verlängerte Werkbank der Parteizentralen. Wie ist es jetzt? Jetzt gehen am Ende zwei Leute, der Herr Spindelegger und der Herr Faymann, hinter zwei Polstertüren und erklären ihrer Partei, was zu geschehen hat, die erklären es der Fraktion und die jedem einzelnen Abgeordneten, und dann ist das Gesetz. Mit Demokratie hat das nichts zu tun, nur mit ihrer Verhöhnung.

Und auf welche Weise sollte der Parlamentarismus gestärkt werden?

Mayer: Es gibt das kalifornische Modell, das wollen wir nicht. Da wird das Parlament ausgehebelt. Das Modell, das wir forcieren, ist dreistufig: Eine Initiative mit einer relativ geringen Anzahl an Unterschriften bringt einen Gesetzesvorschlag ins Parlament ein, wo ein gemeinsamer Kompromiss in ein Gesetz münden kann. Gelingt kein Kompromiss, sammeln die Initiatoren mehr Unterschriften und arbeiten einen fertigen Gesetzestext aus. Den kann das Parlament beschließen, oder es kommt zur dritten Stufe: Das Parlament präsentiert einen Gegenvorschlag, und es obliegt dem Volk zu entscheiden, welcher der Vorschläge Gesetz werden soll. Die Regierung spielt in diesem Prozess aber keine Rolle.

PARLAMENTARISMUS UND DIREKTE DEMOKRATIE STÄRKEN SCHLIESST SICH NICHT AUS. ERICH MAYER

Voggenhuber: Die Regierung hat ja in der Gesetzgebung auch überhaupt nichts verloren.

Ablinger: Ich höre Ihnen mit Skepsis zu. Das Volk, wer immer das nun ist, ist auf jeden Fall gut, und die politischen Parteien sind per se schlecht. Ich denke, es gibt unterschiedliche Interessenlagen und unterschiedliche soziale Lagen in der Bevölkerung, die sich je nachdem besser oder weniger gut Gehör verschaffen kann. Zweitens: In der aktuellen Diskussion gilt der Staat als der reinste Verschwender. Das führt dazu, dass die öffentlichen Haushalte permanent ihre Ausgaben reduzieren, was dazu führt, dass Europa in die Krise hineinspart. Wenn man in dieser Situation die Frage der Steuern einem Volksentscheid unterwirft, dann sag ich nur: Gute Nacht, Europa! Und zur Stärkung des Parlamentarismus: Das Parlament ist der demokratische Verhandlungsraum. Wie kann man ihn stärken? Etwa indem man endlich die Ausschüsse öffentlich macht, das ist ganz wichtig. Auch der Begutachtungszeitraum muss aufgewertet werden. Stichwort Liquid Democracy: Man kann die Begutachtung über die digitalen Möglichkeiten sichtbar machen und öffnen. Die Bürger sollten daran beteiligt sein.

Voggenhuber: Da stimme ich zu. Denken Sie an die Ausstattung des Europäischen Parlaments, dort hat jeder Ausschuss ein legislatives Referat. Das heißt, einen juristischen Stab, der bei der juristischen Arbeit berät. Das ganze österreichische Parlament hat kein einziges solches Referat. Das ist ein Skandal! Aber die Ministerien haben eines. Zudem: Der Verfassungsdienst ist nicht beim Parlament angesiedelt, sondern bei der Regierung. Das Parlament ist nicht öffentlich, im Europäischen Parlament können Sie in jeden Ausschuss, in jede Fraktionssitzung gehen. In jeden Untersuchungsausschuss. Bei uns – nichts davon. Kein Geld, keine Ausstattung, keine Arbeitsmöglichkeit. Das Parlamentsgebäude zerbröckelt gerade – das ist hoch symbolisch.



Serielle Ansichten: Wahlkämpfer wie aus Warhols Farbspritzpistole

SUPERNACKTE POLITIK

Die Gesetze der Mediendemokratie sind gnadenlos. Wer beherrscht die Inszenierung der eigenen Person am besten?

Text: Fritz Franz, Illustration: Eva Vasari

Frank Stronach gibt Rätsel auf. Fühlt dieser alte Mann sich wirklich missverstanden, wenn er in diversen TV-Talk-Formaten in seinem unnachahmlichen Spechstil zum Angriff auf Moderatorinnen und andere Gegner übergeht? Oder folgt er einer medialen Inszenierung, die der Konkurrenz in Fragen vorgetäuschter Authentizität weit voraus ist? Schaut so die Politik von morgen aus, weil das Publikum hinter diesen bizarren Inszenierungen tatsächlich eine lang ersehnte Realität zu erkennen glaubt? Stronach ist nicht Haider, aber er unterhält fast so gut wie dieser. In der Mediendemokratie, in der der Auftritt wichtiger ist als der Inhalt, wird Stronach vom Pausenclown zum Star. Er gibt der Politik ganz ohne Bungee-Jumping ihre verlorene Physis zurück.

Entertain me!

Fast lassen die Wahlergebnisse von Frank Stronach in Salzburg, Niederösterreich und Kärnten, die ja kaum mit der inhaltlichen Klarheit seiner „Partei“ zu erklären sind, darauf schließen, dass in Österreich ein Punkt erreicht ist, an dem sich der Wettbewerbsvorteil PR-geglätteter KandidatInnen zum

eigenen Nachteil gewendet hat. Armin Wolf meinte einmal sinngemäß, dass es kaum noch möglich sei, PolitikerInnen zu interviewen, weil Textbausteine als Antworten keinen Dialog mehr zulassen. Nun bietet auch Stronach keine Inhalte, aber das macht er immerhin sehr populär. Man versteht ihn, auch wenn man ihn nicht versteht: Als Wutbürger kanalisiert er unsere diffusen Gefühle. Er ist der König der Irrationalität als letzter Trumpf gegen eine Politik, die wie die seriellen Siebdrucke Andy Warhols mit gleichen Gesichtern nur ihre Farbe wechselt. So nehmen es jene Menschen, die man zu den Politikverdrossenen zählt, zumindest wahr. Authentizität wie sie der Frank beweist, ist anderen Parteien einiges Geld wert, besonders im Wahlkampf. Der mit Vorliebe hell gekleidete PR-Fachmann Alois „Luigi“ Schober erzählt heute gern, wie er den aussichtslosen Kandidaten Alfred Gusenbauer zum Kanzler gemacht hat. „Wenn du keine Marke bist, dann bist du gar nichts“, sagte Schober. Das war 2006. Jede/r erinnert sich, wie Gusi die Brillen abhanden kamen und dann das markant aufgerichtete Haupthaar seinen letzten Widerstand aufgab. Die Marke hat-

te trotzdem nicht besonders lange Bestand. Nach dem aktuellen Gesetz darf ein Minister heute aber ohnehin nicht mehr als Marke beworben werden, bedauern PR-ExpertInnen. Nur noch die Ministermarke, also das Amt unabhängig von der Person. Dennoch, so heißt es, wurde dem ÖVP-Kanzlerkandidaten Spindelegger geraten, seine Haare ein bisschen länger zu tragen. Das wirke weniger steif und schaffe Sympathien. Tatsächlich hat der Mann mit der pastoralen Ausstrahlung mit seinem Regierungskollegen Faymann zumindest einen ebenbürtigen Partner an der Seite. Beide, so munkelt man, wären in ihrer Konturlosigkeit bestens beraten. Denn peinliche Fehler im Wahlkampf würden viel mehr Stimmen kosten, als durch konkrete Programmpunkte zu gewinnen wären. Das hielt die Sozialdemokraten nicht davon ab, Faymann als Steuermann zu inszenieren. Wer das Poster genau ansieht, merkt aber, dass dem SPÖ-Chef das Ruder gehalten wird, während dieser etwas verdutzt über den schlingernden Kurs dreinschaut. Würde Faymann so lässig lehnen wie der Mann im Kajüteneingang, den Rücken zur Fahrtrichtung, hätte sich der Souverän wohl be-

eindrückt gezeigt. Dass Inszenierungen so ihre Tücken haben, mussten auch die Grünen erleben. Als einzige Parlamentspartei von Inseraten- und Korruptionsaffären unbelastet, nach einigen Zugewinnen in den Bundesländern mit Optimismus unterwegs, scheinen ihr ausgerechnet in diesem Moment die Themen abhanden gekommen zu sein. Mit der Plakatwerbung „Genug gestritten“, gedacht als Aufruf zur Abwahl der Koalitionspartner, wirkt man selbst auch ein wenig kalmierend, aus der nächsten Parole „Weniger belämmert als die anderen“ spricht nicht gerade die Überzeugung von eigenen Qualitäten. Dass zudem eine schwarze Putzfrau die Frage „Wer putzt bei dir?“ in einer online verbreiteten Wahlwerbung stellt, legt den Verdacht der Viktimisierung wie auch jenen nahe, dass die grüne (junge?) Wählerschaft gar nicht selbst ihre Wohnungen putzt. Dass diese Aktionen zumindest unbeholfen wirken, führt zur grundsätzlichen Frage der Inszenierung von Politik zurück. Versuchen sich die Grünen erstmals in einer Form von linkem Populismus, um die Gunst der Stunde zu packen? Der Kampagnenchef der Grünen, er war zuvor für die Ö3-Programmgestaltung verantwortlich, sorgt zumindest bei einem Teil der potenziellen Wählerschaft für Stirnrundeln. Die Politik zum spaßistischen Format erklärt auch eine andere grüne Mitmachidee. Die App „Part of the Game“, bei der etwa Walter Meischberger noch einmal „supernackt“ ausgezogen werden muss, soll die 16- bis 35-Jährigen abseits von Sachpolitik ansprechen. Entertainment, das von Gustav Götz und Armin Rogl (Agentur „Media Brothers“) entwickelt und vom Publikum großartig angenommen wurde, wie sie erzählen. Die beiden haben als Ö3-Hitradio-Mitarbeiter jahrelang die Medienlandschaft bespielt,

nun sind sie in die Politlandschaft gewechselt. Die Mediatisierung und Inszenierung von Politik als fröhliches Spiel mit Ironie und Aktionismus dockt auch an einen Parlamentarismus an, wo schon mal Stofftiere und Taferln aus- und T-Shirts übergezogen werden, sobald die Kameras live aus dem Hohen Haus übertragen. Muss denn Politik staubtrocken sein? lautet dann oft die Gegenfrage. Tatsächlich: Erinnert sich eigentlich noch jemand an den freundlichen Wirtschaftspro-

WENN DU KEINE MARKE BIST, DANN BIST DU GAR NICHTS.

fessor Van der Bellen, dessen freundliche, aber völlig unspektakuläre Auftritte der Partei zwar hohe ökonomische Kompetenz zusprechen ließen, aber eben auch Spaßbremsertum? Aus heutiger Sicht ist so ein Image fast schon das Worst-Case-Szenario.

More Fun mit Medien

Auf Youtube lässt sich nachvollziehen, wie auch die Medien mit dem Iconic Turn die Erwartungshaltungen verändert haben. Nachzusehen ist eine Wahldiskussion im ORF von 1995. Vranitzky, Johannes Ditz, Haider, Haselsteiner und Van der Bellen erhalten jeweils so lange Redezeiten, dass sich die anderen Notizen machen, um ihre Argumente nicht zu vergessen. Längst haben private und öffentlich-rechtliche Sender die Redezeit in Info-Talkshows so sehr beschnitten, dass ein Bonmot oder ein deftiger Sager in den kurzen Sekunden-Slots effizienter sind, als die vielbeschworene Komplexität heutiger Politik verständlich zu machen. Der deutsche Tal-

ker Stefan Raab suchte für eine Polit-Show sogar einmal mit Preisgeld nach den besten DiskutantInnen.

Und auch wenn in Österreich Josef Pröll einmal mit seiner Suche nach dem Superpraktikanten die Grenzen des Politischen neu auslotete. Einen Minister, der in einer „Wetten dass ...?“ Show in eine Mülltonne steigt, wie das die CDU-Ministerin Ursula van der Leyen in Verkennung medialer Symbolik tat, gab es in Österreich noch nicht.

Dass laut einer Karmasin-Umfrage fast die Hälfte der BürgerInnen des Landes Fernsehdebatten als wichtigste Hilfe für ihre Wahlentscheidungen sehen, dürfte vor allem die Hoffnungen der FPÖ nähren. Das Fernsehen als unmittelbarste und persönlichste Form medialer Inszenierung entspricht auch jenen der Partei: Mythen der Volksnähe lassen sich auf diese Weise wunderbar nachspielen. Nach dem Marathonläufer Haider und „Mr. Nulldefizit“ Grasser wurde mit Strache erneut ein Politikertypus gefunden, der kraft des eigenen Images Politik nicht als sachliches, sondern als emotionales Gewerbe darzustellen vermag. Bislang wurde dem Feschismus aber noch keine Kanzlertauglichkeit attestiert. Geradezu komisch wirkt es in diesem Zusammenhang, dass dem FP-Chef durch den ehemaligen Geil-o-mobil-Fahrer Sebastian Kurz die bedeutendste Konkurrenz in Fragen der Zuwanderung zugesprochen wird. Der junge, fesche Integrationsstaatssekretär wird von den Medien wie kein anderer Politiker seit Haider umgarnt. Die ÖVP scheint glücklich über die Marke Kurz, der die Gesetze der Mediendemokratie bestens verstanden hat. Dass damit das konstatierte schwindende Vertrauen in die Institutionen wieder erstarbt, ist aber unwahrscheinlich.

Politik als Abenteuer: Alles unter Kontrolle am Neusiedlersee? Aber wer greift hier Steuermann Faymann ins Ruder?



„Genug gestritten“? - Eine Botschaft, die kalmierend und nach kindlicher Rhetorik klingt. Derart wollen die Grünen die Machtfrage stellen.



Foto: links: BKA/Andy Wenzel; rechts: Grüne



BRÜSSEL HAT AUS DEN KRISEN GELEHRT

Der britische Politikwissenschaftler Colin Crouch („Postdemokratie“) beschreibt in seiner jüngsten Publikation „Jenseits des Neoliberalismus“, wie Konzerne die Demokratie und die Gesellschaft beschädigen. Die schwächelnde Sozialdemokratie sieht er als einzige Kraft, die diese Entwicklung verändern könnte.

Interview: Gunnar Landsgesell

In Ihrem neuen Buch beschreiben Sie Konzerne als eine Kraft, die nicht allein über den Markt, sondern über den direkten Draht zur Politik den unternehmerischen Erfolg sucht. Sehen Sie die Demokratie durch den Neoliberalismus grundsätzlich in Gefahr?

Der Neoliberalismus ist problematisch, aber tatsächlich besorgniserregend ist seine pervertierte Form: die Macht der Großkonzerne (Corporate Power, Anm.). Sie tendieren dazu, demokratische Regeln zu unterlaufen, indem sie auf Regierungsebene lobbyieren und die Regeln des Marktes und auch der Demokratie zu unterlaufen versuchen. Es werden gute Beziehungen zu Beamten und Politikern hergestellt, um den Gesetzgebungsprozess zu beeinflussen. Egal ob bei Auslagerungen im Sozial- oder Gesundheitsbereich, bei der Wasserversorgung oder Infrastruktur konkurriert eine relativ kleine Anzahl von Unternehmen um die Aufträge. Gute Beziehungen machen sich da bezahlt.

Das sind Vorgänge, die relativ schwer zu kontrollieren sind. Sie können nicht nur Monopolstellungen zur Folge haben, sondern wirken sich negativ auf Bürger und Konsumenten aus. Während man also mit Anhängern des Neoliberalismus über Fragen des Marktes diskutieren kann, ist das mit den Konzernen nicht möglich. Durch sie ist die Demokratie tatsächlich in Gefahr.

Glauben Sie, dass die Vorstandsetagen der Konzerne antidemokratisch eingestellt sind?

Nein, das nicht. Wie in „Postdemokratie“ beschrieben, verfügen wir über alle Instrumente der Demokratie – von freier Meinungsäußerung bis zu Wahlen. Aber: Entschieden wird nicht auf dieser Ebene, sondern hinter den Kulissen, durch die Eliten aus Wirtschaft und Politik. Der Umgang mit der Schuldenkrise in Südeuropa war ein perfektes Beispiel dafür. Beschlüsse wurden geradezu im Geheimen zwischen Banken und Regierungen

gefällt und erst nachträglich demokratisch legitimiert. Wirtschaftsinteressen werden aber nicht durch politische Strategien angeleitet, sondern durch Unternehmensstrategien. Wie können wir leichter Arbeitskräfte entlassen, wie können wir unsere Bilanzen verbessern? Da geht es schlicht um eigene Ziele – wie können Steuern herabgesetzt werden, um eigene Waren billiger anbieten zu können? Dass diese Unternehmensziele aber letztlich zu schlechteren Sozialstandards führen, ist den Chefs nicht unbedingt bewusst. Wirtschaftseliten verstehen die gesellschaftlichen Konsequenzen ihrer strategischen Forderungen oft gar nicht.

Sie beschreiben die Sozialdemokratie als einzige Kraft, die in der Lage wäre, die pervertierte Form des Neoliberalismus zu stoppen. In den vergangenen Jahren hatten diese Parteien in Europa vielfach Gelegenheit dazu. Warum tun sie es nicht?

Die Sozialdemokraten müssen aus ihrer

defensiven Haltung erst wieder herausfinden. Ihre Stammwählerschaft ist kleiner geworden, die Industrien sind geschrumpft. Aber so erging es schon zuvor den Konservativen, denen ein Teil der Landbevölkerung und einer christlich orientierten Schicht weggebrochen ist. Beide Großparteien versuchen also, neue Wähler zu finden. Nur haben diese keine sehr klare, stabile politische Identität mehr wie noch in den Gesellschaften des 20. Jahrhunderts. Man ging also dazu über, sich über Themen statt über gesellschaftliche Schichten zu definieren, womit die Parteiidentitäten ebenfalls fragiler und flexibler gerieten. Nun geht es darum, sich wieder als innovative Kraft zu verstehen: indem man innerhalb der Marktwirtschaft Regulierungen wie Steuergesetze, starke Arbeitnehmervertretungen und soziale Dienstleistungen einsetzt, die auf eine gerechte Gesellschaft abstellen. Sehr interessant ist, dass in vielen europäischen Gesellschaften Frauen sich stärker Richtung der linken politischen Sphäre orientiert haben. Auch das ist aber wieder ein Feld, auf dem Neoliberale und Sozialdemokraten ihre jeweiligen Vertretungsansprüche erheben. Hier erleben wir eine heftige Auseinandersetzung darüber, wer die Definitionsmacht über die Rechte von Frauen hat. Es geht einerseits darum, gleiche Chancen im Beruf zu ermöglichen, und andererseits darum, dabei soziale Standards zu sichern. Das gleicht einem Kampf um die Stimmen der Frauen.

Kann es sein, dass diese Auseinandersetzung die Sozialdemokraten überall in Europa schwächt, während die Konservativen in diesem Klima Aufwind verspüren? Tatsächlich greifen die Konservativen nicht nur in England auf die Reste ihrer ländlichen und christlichen Stammwählerschaft zurück, während die Sozialdemokraten ihre Vergangenheit und damit ihre Kernwähler regelrecht zurückweisen – vielleicht in England stärker als in Österreich. Es sind aber alle großen Parteien aus dem 20. Jahrhundert im Niedergang begriffen. Sie treten gegen neue Gruppierungen an wie die Grünen, europafeindliche oder rassistische Parteien. Eine monopolisierte Parteienlandschaft wird es in Europa nicht mehr geben.

Deutschland erhielt unter der rotgrünen Regierung Schröders wesentlich schärfere Regelungen im sozialen Bereich als Öster-



Eröffnungsvortrag am Bundeskongress für politische Bildung 2012. Der Neoliberalismus möchte soziale Kosten zugunsten unternehmerischer Gewinne senken.

EIN NEUES MODELL ENTSTEHT: EIN WOHLFAHRTSSTAAT DER SOZIALEN INVESTITIONEN

reich, man denke an Hartz IV. Um das Arbeitslosengeld nicht zu verlieren ist man in Deutschland z. B. auch gezwungen, in eine andere Stadt zu ziehen. Peter Hartz zeigt sich heute wenig überzeugt von den Folgen seines Programms. Sieht so die Zukunft der Sozialdemokratien aus?

Diese Maßnahmen glichen einer Bestrafung der Menschen auf dem Arbeitsmarkt. Diese Reform ging klar zu weit. Österreich war gut beraten, das nicht nachzuvollziehen. Abgesehen davon funktioniert der österreichische Arbeitsmarkt besser als der deutsche. Für eine rot-grüne Regierung sehe ich in Deutschland aber gute Chancen. Die IG Metall und auch die IG Chemie waren deutlich Anti-Grün eingestellt. Das hat sich geändert, teils auch deshalb, weil sich ihre Industrien geändert haben. Grüne Technologien spielen in Zukunft eine große Rolle, die Gewerkschaften haben das akzeptiert.

Wo werden Mitte-Links-Regierungen sich zukünftig mit der neoliberalen Wirtschaft treffen?

Es gibt einige Bereiche, die sich Neoliberalismus und Sozialdemokratie teilen, durchaus gegen konservative Kräfte. Neoliberale setzen sich als Teil der liberalen Familie für mehr individuelle Rechte, die Frauen, gegen die Diskriminierung von Minderheiten ein. Auch freie Märkte brauchen eine gewisse Offenheit und Transparenz, um zu funktionieren. Der Crash findet dort statt, wo soziale Standards betroffen sind: beim Zugang zum Gesundheitssystem, der Absicherung von Arbeitskräften und Arbeitslosen, im Pflegebereich. Das sind Kostenfaktoren, die der Neoliberalismus zugunsten unternehmerischer Gewinne minimieren möchte. Ich sehe in Europa aber ein neues Modell des Wohlfahrtsstaates, der durch Services privater Unternehmen geleistet wird. Man kann das als einen Wohlfahrtsstaat der sozialen Investitionen bezeichnen. Präsident Obama gelang es etwa, seine Gesundheitsreformen durchzubringen, nachdem man sich darauf geeinigt hatte, dass Privatunternehmen die Krankenversicherung leisten und nicht der Staat. Sie wird zwar finanziert durch die öffentliche Hand, aber von privater Seite ausgeführt. Die Gefahr dieses Deals sehe ich darin, dass ein paar wenige Firmen viel Macht bündeln und monopolisieren, zugleich aber wenig Expertise einbringen, weil sie Services wiederum selbst auslagern.

Arbeitslosigkeit ist eines der Kernthemen der Politik. Das größte Problem ist, alle Bürger am Arbeitsmarkt zu beschäftigen. Sehen Sie hier neue Ansätze?

Ich sehe vor allem, dass man in den 90er Jahren einen falschen Weg gegangen ist, Leute durch Frühpensionen oder auch Frauen vom Arbeitsmarkt zu bringen, weil man glaubte, es gäbe zu wenig Arbeit. Anders in Skandinavien, wo man feststellte, dass mehr Arbeitskräfte auf dem Markt auch zu mehr Arbeit führen. Jede Form von ökonomischer Aktivität generiert zusätzliches Einkommen, wodurch wiederum der Markt angekurbelt wird und damit neue Arbeitsplätze entstehen. Dieses Modell hat sich als richtig erwiesen: Mehr Frauen am Arbeitsmarkt, mehr Migranten, weniger Frühpensionen bedeutet mehr Menschen mit Einkommen, mehr Steuereinnahmen und damit Konjunktur. Die Politik, den Arbeitsmarkt schrumpfen zu lassen, war ein Desaster. Ich glaube, aus diesem Geist ist auch Hartz IV entstanden. Soziale Standards abzubauen ist aber keines-

wegs nötig. Zudem würde das unseren Gesellschaftsvertrag gefährden: Bürger zu sein heißt, zu arbeiten und im Ausgleich für diese Arbeit erhält man soziale Rechte.

Sie glauben also nicht, dass unseren Gesellschaften die Arbeit ausgeht? Und dass der Zuzug von MigrantInnen den Arbeitsmarkt belastet?

Migration ist ein schwieriges Thema. Sobald Zuwanderung sehr restriktiv geregelt wird, wächst unweigerlich der illegale Zuzug. Menschen finden dafür immer Wege. Illegale MigrantInnen arbeiten aber unter den schlechtesten Bedingungen, was sich auf die sozialen Standards insgesamt auswirkt. Staaten, die die Migration einschränken, regeln das über die legale Zuwanderung, während die illegale Zuwanderung aber wächst. So entsteht ein Arbeitsmarkt, den ganz sicher niemand will. Wichtig wäre es aber, MigrantInnen so einzusetzen, dass es ihren Qualifikationen entspricht. Sie arbeiten oft unter ihrem Ausbildungs-niveau, weil sie über keine sozialen Netzwerke verfügen, ihre Fähigkeiten nicht verstanden oder anerkannt werden usw. Damit werden sie aber zu überqualifizierten Arbeitskräften, während Menschen mit geringerer Ausbildung diese Jobs nicht mehr bekommen. Zudem erweisen sich MigrantInnen oft als aktiveren, geschäftstüchtigeren Leute, die ja zur Arbeitssuche ihr Land verlassen haben. Das sorgt für soziale Spannungen. In England ist der Unmut groß, es heißt: Unsere Leute finden keine Arbeit, warum engagieren Firmen MigrantInnen, wenn wir doch selbst so viele Arbeitslose haben. Die Antwort der Neoliberalen ist, dass der Markt das selbst regelt. Aber so lange können wir nicht warten.

Wie soll es mit den Nationalstaaten weitergehen, sehen Sie eine Grenze, ab der die einzelnen Regierungen keine Souveränität mehr abgeben wollen?

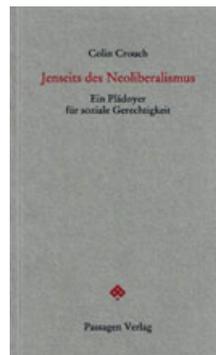
In der globalen Wirtschaft ist es unmöglich, sich auf nationaler Ebene einzubunkern. Die Aufgabe wird sein, wieder ein soziales Europa zu etablieren. Was wir dringend brauchen, ist eine gemeinsame Sozialpolitik, so wie sie etwa unter Jacques Delors auf der Agenda stand. Zweitens gibt es in Europa eine Vielfalt politischer Strategien, die man nicht „harmonisieren“ sollte, solange die Lösungsansätze der einzelnen Staaten einem gemeinsamen Ziel dienen. Selbstdisziplin in der Währungspolitik ist für die Mitglieds-

staaten der Eurozone ganz offensichtlich notwendig. Das ist aber kein Widerspruch zu einem starken Wohlfahrtsstaat und entsprechenden Steuereinnahmen, wie etwa Österreich zeigt. In England machen vor allem die rechten Kräfte Druck, die EU zu verlassen. Sie erhoffen sich davon, Brüssel loszuwerden, auch sozialstaatliche Verpflichtungen zu verlieren. Vom Austritt aus der EU erwarten sie, noch stärker mit deregulierten Märkten konkurrieren zu können – und das nationale sozialstaatliche Modell dem Wettbewerb mit China und der globalen Wirtschaft unterzuordnen.

Über diese Tendenzen weiß man in der EU natürlich Bescheid – wie reagiert man darauf?

Man hat in Brüssel aus den Krisen in Griechenland, Spanien und Portugal gelernt. Natürlich registriert man die Wut und die Opposition, die sich breit macht, und man versucht, die soziale Agenda wieder stärker auszubauen. Ich bin deshalb optimistisch, was das europäische Projekt betrifft. Auch, um zum Beginn unseres Gesprächs zurückzukommen, wenn es stimmt, dass die Wirtschaftslobbys in der EU wesentlich einflussreicher sind als die der Arbeitnehmer. Brüssel wird sich anstrengen müssen, seine Legitimität bei den Bevölkerungen zurückzugewinnen.

Colin Crouch, geboren 1944, ist ein britischer Soziologe und Politikwissenschaftler an der University of Warwick in Großbritannien. 2004 erregte er Aufsehen mit seinem Buch „Postdemokratie“, in dem er beschreibt, wie die Demokratie durch informelle Entscheidungen wirtschaftlicher und politischer Eliten ausgehöhlt wird, während die Ohnmacht der BürgerInnen trotz eines formal gut ausgebauten demokratischen Apparats wächst. Nach „Das befremdliche Überleben des Neoliberalismus“ (2011) erschien aktuell „Jenseits des Neoliberalismus – Ein Plädoyer für soziale Gerechtigkeit“ („Making Capitalism Fit for Society“) beim Passagen Verlag.



IMPRESSUM

MO REDAKTION:

c/o SOS Mitmensch, Zollergasse 15/2, 1070 Wien, T +43 1 524 99 00, F +43 1 524 99 00-9, redaktion@momagazin.at, www.momagazin.at

REDAKTION:

Gunnar Landsgesell (Chefredakteur; gun), Petja Dimitrova (Porträt-Illus), Alexander Pollak (apo), Karin Wasner (Bilder), Andreas Görg

AUTORINNEN DIESER AUSGABE:

Clara Akinoyosoye, Eva Bachinger, Martin Birkner, Fritz Franz, Susanna Gartler, Tina Leisch, Sónia Melo, Corinna Milborn, Andreas Peham, Martin Schenk, Susanne Scholl, Hanna Silbermayr, Philipp Sonderegger, Olivera Stajic

PROJEKTLEITUNG: Andreas Görg

COVERBILD: Eva Vasari

LEKTORAT: Thomas Just, Susanne Drexler, Andreas Görg

GRAFIK: Mitko Javritchev

LAYOUT-KONZEPT: Theo Kammerhofer

DRUCK: Ferdinand Berger & Söhne GmbH, Wiener Straße 80, 3580 Horn

ANZEIGEN: Sandra Lakitsch, Sebastian Seidl, office@sosmitmensch.at, T +43 1 524 99 00-16

ABOS: Gerlinde Affenzeller, abo@momagazin.at T +43 1 524 99 00-66

VERTRIEB:

Der Standard, Straßenkolportage

AUFLAGE: 30.000

HERAUSGEBERIN:

SOS Mitmensch, Zollergasse 15/2, 1070 Wien, T +43 1 524 99 00, F +43 1 524 99 00-9, Mail: office@sosmitmensch.at Web: www.sosmitmensch.at ZVR: 22747570

OFFENLEGUNG gem. § 25 MedienG: Medieninhaber (Verleger) und Herausgeberin: SOS Mitmensch Sitz: Wien

Geschäftsführung: Alexander Pollak, Gerlinde Affenzeller; Obfrau: Nadja Lorenz Grundlegende Richtung: gegen Diskriminierung, für Menschenrechte, Demokratie und Migration ZVR: 22747570

SPENDEN:

PSK 60000, Kto 91.000.590 MO ist das Medium von SOS Mitmensch gegen Rassismus und Diskriminierung, für Menschenrechte, Demokratie und Migration.

Der Nachdruck der Beiträge ist bei Nennung der Quelle und Übersendung von Belegexemplaren ausdrücklich erwünscht, wenn das Copyright nicht ausgewiesen ist. Die Rechte der Fotografien liegen bei den UrheberInnen.

Falls kein/e Urheber/in ausgewiesen ist: SOS Mitmensch.



Nächstenliebe: Christentum im Freiheitlichensprech. Kritik kam von der Kirche.

VOM DEMOS ZUM ETHNOS

Der Rechtsextremismus hat sich mit der Demokratie arrangiert – auch deshalb, um sie im Sinn einer „Ethnokratie“, also zur Abstammungsgesellschaft, umzudeuten.

Text: Andreas Peham

Oft wird der parteiförmige Rechtsextremismus, der sich noch im Rahmen der parlamentarischen Demokratie artikuliert, als „Rechtspopulismus“ bezeichnet. Dies gilt vor allem für Deutschland, wo eine definitorische Bindung des Begriffs „Rechtsextremismus“ an die militante Frontstellung gegen die „freiheitlich-demokratische Grundordnung“ besteht. Demgegenüber hat sich in Österreich, das ja bekanntlich eine derartige „Grundordnung“ nicht kennt, ein Verständnis durchgesetzt, das den Rechtsextremismus in erster Linie inhaltlich, vor allem als Ideologie „natürlicher“ Ungleichheit und als antiliberalen (Volks-)Gemeinschaftsdünkel bestimmt. Die deutliche Ablehnung der Parteiendemokratie und eine offene Verfassungsfeindlichkeit gelten nach dieser auf den Klagenfurter Historiker Willibald I. Holzler zurückgehenden Definition nicht als Voraussetzung, um eine Gruppe oder Position als rechtsextrem zu charakterisieren.

Aber auch wenn der modernisierte Rechtsextremismus sich heute nicht mehr gegen, sondern in der Demokratie artikuliert, ist er noch lange nicht demokratisch geworden. Denn dazu müsste er die liberalen Ideen der Gleichheit und des Individuums (als alleiniger Träger von Menschenrechten) und die Rechtsstaatlichkeit (etwa in Form des Minderheitenschutzes oder Diskriminierungsverbots) akzeptieren. In der Programmatik und Agitation der FPÖ wird jedoch deutlich, dass genau dies nicht der Fall ist: Gleichheit wird als „Gleichmacherei“ oder „Einebnung natürlicher Unterschiede“ denunziert, dem Individuum wird die oft auch „organisch“ genannte Gemeinschaft „Volk“ als Trägerin von Rechten übergeordnet, und mit der „Meinungsfreiheit“ im Anschlag agitieren Freiheitliche etwa gegen das Verbot der Verhetzung und der NS-Wiederbetätigung. Der Rechtsstaat wird immer nur dann bejaht, wenn er – in Form der Justiz – im Sinne der Rechtsextremen agiert, wie dies jüngst im Zusammenhang mit den Abschiebungen pakistanischer Flüchtlinge der Fall war. Ansonsten ergeht man sich seitens der FPÖ in Tiraden gegen eine angebliche „Politjustiz“ und „parteiisch agierende Richter“, die unschuldige Freiheit-

liche wie Uwe Scheuch „kriminalisieren“ würden. Ein weiterer Indikator demokratischer Gesinnung ist der Umgang mit Differenz und Abweichung, mit Andersdenkenden und politischen GegnerInnen. An zahlreichen Äußerungen von freiheitlicher Seite wird eine weit über die politische Gegnerschaft hinausreichende autoritäre Ablehnung von kritischem Engagement deutlich. 2008 drohte etwa Parteichef Heinz-Christian Strache bei einer Wahlkundgebung in Linz Per-

POLITISCHE WILLENSBILDUNG VON RECHTS: „GEWISSE HOMOGENITÄT“ DES VOLKES ERFORDERLICH

sonen, die ihre Ablehnung der FPÖ lautstark artikulierten: „Wenn wir bestimmen, werden die anstatt zu pfeifen arbeiten müssen.“ KritikerInnen des Rechtsextremismus werden abwechselnd diffamiert („Linksfaschisten“), lächerlich gemacht („Pausenclown“) oder pathologisiert („Multi-Kulti-Wahn“). Jede Kritik an der FPÖ wird in der für den Rechtsextremismus typischen Täter-Opfer-

Umkehrung als „Hetze“ oder „Gesinnungsterror“ denunziert. Wenn die GegnerInnen der FPÖ es dann auch noch wagen, gegen deren Politik zu demonstrieren, wird das von freiheitlicher Seite als „Steuergeldverschwendung“ abgelehnt: Die Polizei solle „besser im Kampf gegen die überbordende Kriminalität eingesetzt“ werden, „als arbeitslosen Profidemonstranten bei ihrem armseligen Treiben“ zusehen zu müssen, so der Wiener Landtagsabgeordnete Anton Mahdalik. Noch weiter ging der damalige Anführer der freiheitlichen Polizeigewerkschaft, Josef Wagenthaler, der Menschen, die Sicherheitsbeamten widersprechen oder sich ihrer Anordnungen widersetzen, für quasi vogelfrei erklärte: „Wer sich widersetzt, egal ob verbal oder körperlich, hat alle Menschenrechte verloren.“ *

„Identitäre“ Demokratie

Es wäre aber falsch, den Rechtsextremismus gänzlich als undemokratisch zu bezeichnen, da er sich mit der Demokratie als Form zur Bestimmung von Mehrheiten längst arrangiert hat. Er will, wie Michael Minkenberg es auf den Punkt bringt, die Demokratie nicht abschaffen, sondern „im Sinne von ‚Ethno-

Alter Hut: Die Türkenbelagerung wird einmal mehr zitiert.

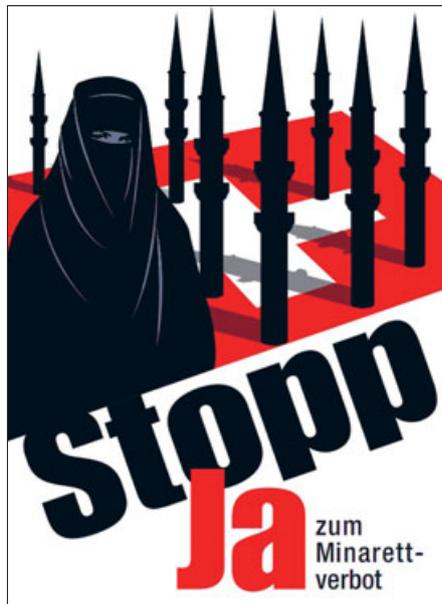


Plakat: FPÖ; Foto: Paul Paul

kratie' umdeuten.“ Diese Regression von Demos (politische Gemeinschaft) auf Ethnos (Abstammungsgemeinschaft) kennzeichnet den Rechtsextremismus seit jeher. Dessen Säulenheiliger Carl Schmitt dekretierte die Überholtheit der repräsentativen Demokratie, wenn „die substantielle Gleichartigkeit des Volkes so groß ist, dass aus der gleichen Substanz heraus alle das Gleiche wollen.“ Diese (völkische) Homogenität wiederherzustellen und im Bedarfsfall das Heterogene auszuscheiden oder gar zu vernichten, ist nach Schmitt die eigentliche Aufgabe des Politischen. Ist dann die „Identität von Regierenden und Regierten“ einmal hergestellt, mache es keinen Unterschied mehr, ob „statt des Volkes Vertrauensleute des Volkes entscheiden“ oder „im Namen desselben Volkes ein einziger Vertrauensmann“ spricht und handelt.

Heute knüpfen Rechtsextreme in ihrem Kampf für die „identitäre“ oder „organische Demokratie“, in der sich der „wahre Volkswille“ durchsetze, unmittelbar an Schmitt an. Die politische Willensbildung erfolgt hier nicht länger als individueller Akt von Gleichen, sondern als kollektiver Akt von Identischen. Konsequenterweise weisen etwa die *Identitären*, eine von Burschenschaffern getragene neue Strömung im deutsch-österreichischen Rechtsextremismus, darauf hin, dass ihre „Demokratie“ eine „gewisse Homogenität der Bevölkerung [erfordert], damit sie einen gemeinsamen Willen bilden kann.“ Ist das Volk zum Kollektivsubjekt erklärt, braucht es jemanden, der den einheitlichen Willen des Volkes erkennt und artikuliert – die männliche(n) Elite(n) oder gar einen Führer.

Spätestens nach den Erfahrungen mit Faschismus und Nationalsozialismus sollte Demokratie nicht länger auf ihre Form reduziert werden. Vielmehr braucht sie zu ihrer Ergänzung wie zu ihrem Schutz Gewaltenteilung und Rechtsstaatlichkeit, wobei insbesondere Letztere im Konfliktfall dem Prinzip der Volkssouveränität übergeordnet sein kann und soll. Aber genau dieser Lehre der Geschichte gegenüber versperren sich extreme Rechte – etwa in ihren dauernden Forderungen nach Ausweitung der direkten, plebiszitären Demokratie, in der dann alles, also auch die Rechte von (religiösen) Minderheiten, zur Disposition gestellt werden kann und die unter den gegenwärtigen Bedingungen wohl das kollektive Ressenti-



Gescheiterter Versuch, die Grundgesetze auszuhebeln. Dazu zählt auch die Religionsfreiheit.

ment an die Macht brächte. Zuletzt forderte die FPÖ Ende August 2010 eine Volksbefragung über Muslime, ihre religiösen Stätten (Minarettverbot), Kleidung (allgemeines Burka-, Hijab- und Kopftuchverbot im öffentlichen Raum) und Verfassungstreue oder Integrierbarkeit.

Daneben dienen entsprechend dem rechten Vorrang der Form vor dem Inhalt die Wahlerfolge auch der FPÖ dazu, sich selbst und andere rechtsextreme bis faschistische Parteien wie z. B. die ungarische *Jobbik* als „demokratisch legitimiert“ darzustellen – und alle, die diese Parteien kritisieren, als „undemokratisch“ zu denunzieren. Aus diesem Eck kommt der Antifaschismus nur, wenn er es schafft, demokratische Formen mit demokratischen Inhalten wieder zu einer untrennbaren Einheit zu verschmelzen.

Linke in der Postdemokratie

Wirken schon spätbürgerliche Vergesellschaftungsmodi und autoritäre Dispositionen begünstigend für den Erfolg des Rechtsextremismus, so sind dessen Chancen in der „Postdemokratie“ (Colin Crouch) noch größer geworden. Begünstigt wird die extreme Rechte durch eine herrschende Politik, die sich weitgehend auf Propaganda, auf bloße Organisation von Zustimmung beschränkt und damit eine „populistische Lücke“ (Jörg Flecker/Sabine Kirschenhofer) aufmacht. Die aktuelle Legitimationskrise der repräsentativen Demokratie kann als Bedingung für die Erfolge der extremen Rechten gar

nicht überschätzt werden. Mit dem Stopp der Demokratisierung unter den Bedingungen des Neoliberalismus schwanden die Erfolgsaussichten solidarischen Handelns aufgrund gemeinsamer sozialer Interessen. Mit dem permanenten Verweis auf Sachzwänge – Stichwort „Standortsicherung“ – wird der Spielraum oppositioneller Haltungen eingengt und werden immer weitere Politikfelder aus der demokratischen Verhandlung ausgeschlossen. Ein Bundeskanzler und sozialdemokratischer Parteichef, der Menschen mit Visionen in der Politik den Gang zum Arzt verordnete, brachte dieses antipolitische Denken von oben auf den Punkt.

Linke sollten unter diesen Bedingungen von der Notwendigkeit einer nachholenden Demokratisierung von unten ausgehen. Diese zielt als offenes Projekt auf sämtliche Lebensbereiche, worin sie an die Grenzen spätbürgerlicher Herrschaft stößt, was ihr einen so utopischen Charakter verleiht. Erschwert, ja verunmöglichst wird dieses Projekt, wenn Linke damit aufhören, den umzustürzenden Verhältnissen „ihre eigene Melodie“ (Karl Marx) vorzuspielen, sprich die uneingelösten Versprechen der bürgerlichen Revolution einzuklagen. Dabei ginge es aber nicht um eine unkritische Apologie dieser Versprechen wie etwa der Gleichheit in Zeiten der sozialen und kulturellen Produktion von Ungleichheit, sondern um das Anknüpfen an den emanzipatorischen Kern des Egalitarismus. Während extreme Rechte die bürgerlichen Forderungen nach individueller Freiheit und Gleichheit denunzieren, sollten Linke weiterhin ihre tatsächliche Umsetzung einklagen.

** Dieses bezeichnende Zitat fand sich in einem Text, der am 4. März 2009 auf der AUF-Homepage erschienen ist. Drei Tage später wurde er jedoch wieder gelöscht, laut Wagenthaler, weil er „missverständlich war“. Der FPÖ-Polizist stehe aber nach wie vor „absolut“ zu seiner darin ausgedrückten Meinung. (Neue Vorarlberger Tageszeitung, 19. 3. 2009)*

Dieser Beitrag ist eine aktualisierte Version eines Textes in der Zeitschrift malmoe. (www.malmoe.org). Andreas Peham ist Mitarbeiter des Dokumentationsarchivs des Österreichischen Widerstandes (DÖW).



**Wie lange können wir
uns Reiche noch
leisten?**



DEMOKRATIE REALISIEREN - INITIATIVE 1

Eine andere Wahl ist möglich!

Frequently Asked Questions zur Kampagne „WahlweXel jetzt!“.

TEXT: MARTIN BIRKNER

Was ist WahlweXel jetzt!?

WahlweXel jetzt! bedeutet, dass Nichtwahlberechtigte bei der Nationalratswahl 2013 wählen können: Sie erteilen einen Wahlauftrag an Wahlberechtigte, die ihrerseits auf die Ausübung des eigenen Wahlrechts verzichten. So können insbesondere vom Wahlrecht ausgeschlossene MigrantInnen ihre Stimme abgeben. Allein in Wien betrifft das mehr als ein Fünftel der Bevölkerung. Wir finden es eine Selbstverständlichkeit, dass alle Menschen, die hier wohnen, arbeiten, Steuern zahlen und zur Aufrechterhaltung des Sozialversicherungssystems beitragen, auch an der politischen Entscheidungsfindung partizipieren. Das geht natürlich weit über das aktive und passive Wahlrecht hinaus, jedoch wird selbst dieses elementare politische Recht vielen Menschen vorenthalten.

Worum geht es dieser Kampagne?

Es geht nicht primär um Forderungen an Staat und Politik, sondern um die selbst organisierte und selbstermächtigende Aneignung des Menschenrechts auf demokratische Mitbestimmung. Diese Aneignung soll, begleitet von einer Medienkampagne, unter anderem im Rahmen von Events im öffentlichen Raum praktiziert werden.

Darüber hinaus stellt *WahlweXel jetzt!* die Frage nach Demokratiegehalt und Wirksamkeit von Wahlen in Zeiten einer tiefen gesellschaftlichen Krise: Was bzw. wer steht eigentlich zur Wahl? Was hat Demokratie mit Arbeit zu tun? Erschöpft sich Demokratie im Wählen-Gehen? Was beinhaltet das Recht auf demokratische Partizipation sonst noch? Ist die mit dem Wahlrecht verknüpfte Idee na-

tionaler StaatsbürgerInnenschaft noch zeitgemäß? Wir wollen eine breite Debatte über Formen von Inklusion und Exklusion, Mitbestimmung und Demokratie anzustoßen.

Wer kann mitmachen?

Jede und jeder. Gemäß der Unteilbarkeit und Universalität der Menschenrechte erlaubt *WahlweXel* deren Durchsetzung trotz der dem entgegenstehenden Gesetzgebung hierzulande. Darüber hinaus wollen wir aber auch andere, weitreichendere Aspekte real praktizierter Demokratie sichtbar machen. *WahlweXel jetzt!* versteht sich als Teil eines

In Wien ist ein Fünftel der Menschen vom Wahlrecht ausgeschlossen. Obwohl sie hier wohnen und Steuern zahlen.

breiten Prozesses zur Demokratisierung aller Lebensbereiche, unabhängig von StaatsbürgerInnenschaft, Geschlecht oder Klasse.

Was ist geplant?

Im Zentrum steht das große „WahlweXel – jetzt aber wirklich!“ Event am 25. September, also kurz vor der Wahl. Im Rahmen einer bunten und kreativen Veranstaltung soll die große Bedeutung, die wir demokratischer Mitbestimmung beimessen, möglichst öffentlichkeitswirksam dargestellt werden. Aber auch davor wird es mannigfaltige Aktivitäten geben. Mit dem Beginn der Pressekonferenz „Jede Stimme zählt“ am 20. August im Café Landtmann werden wir mit wöchentlichen Aktivitäten auf uns aufmerksam machen.

Geplant sind sowohl Infotische und Presseaktionen als auch eine Podiumsdiskussion „Das System deiner Träume. Demokratie – Jede Stimme zählt?“ in der Brunnenpassage. Es geht im Rahmen der Kampagne also um die Verschränkung von aktivistischen, medienwirksamen und diskursiven Strategien.

Wann wird die Kampagne erfolgreich gewesen sein?

Wenn sich viele hunderte WahlweXlerInnen beteiligt haben, die Massenmedien darüber berichten anstatt über den Einheitsbrei der wahlkämpfenden Parteien, dann wäre das ein guter Anfang. Wenn das politische Establishment so weit herausgefordert werden könnte, dass die Beseitigung der undemokratischen Diskriminierung der Nichtwahlberechtigten tatsächlich in Reichweite rückt, wären wir fürs Erste zufrieden. Dazu braucht es auch starke soziale Bewegungen und einen damit einhergehenden Bewusstseinswandel breiter Bevölkerungsteile. Wenn sich derartige Verschiebungen im gesellschaftlichen Gefüge dann noch mit den vielfältigen Formen der Demokratisierung des Alltags, von Commons-basierten Ökonomien über alternative Wohn- und Lebensformen bis hin zu transnationalen Netzwerken gelebter Solidarität verbinden, dann könnten wir eines Tages tatsächlich von Demokratie ohne Anführungszeichen sprechen. Entmutigen lassen wir uns aber auch von so einer Herkulesaufgabe nicht. Dementsprechend: Let's WahlweXel!

Infos: www.wahlwexel-jetzt.org oder kontakt@wahlwexel-jetzt.org

”
PASS EGAL,
DAS IST AUCH
MEINE WAHL!

24.09.2013
AB 15 UHR
1. MINORITENPLATZ
U3 HERRENGASSE

SARAH
26 Jahre
deutscher Pass
lebt seit 6 Jahren in Österreich

SOS **2013** **PASS EGAL**
MITMENSCH NATIONALRATSWAHL

WWW.SOSMITMENSCH.AT

Symbolische Kampagne gegen wachsendes Demokratiedefizit.

Die FPÖ warnt eindringlich davor, das Wahlrecht „zu verschenken“. Integrationsstaatssekretär Sebastian Kurz konzidiert zwar, dass demokratische Beteiligung ein hohes Gut sei, aber von einem Wahlrecht für lang ansässige NichtstaatsbürgerInnen will auch er nichts wissen. Es geht um nicht weniger als die Zukunft der österreichischen Demokratie. Die europaweit fast einzigartig restriktiven Einbürgerungsbestimmungen führen in Kombination mit dem Wahlausschluss von Nichtstaatsbürgerinnen dazu, dass sich der Inklusivitätsfaktor der österreichischen Demokratie im Sinkflug befindet.

Durften 2008 noch über 91 Prozent der in Österreich lebenden Personen über 16 Jahre wählen, sind es bei den diesjährigen Wahlen nur noch 89 Prozent. In Wien ist sogar jeder Fünfte aufgrund der Staatsbürgerschaft vom Wahlrecht ausgeschlossen. Dabei leben zwei

Drittel der NichtstaatsbürgerInnen schon länger als fünf Jahre in Österreich, 40 Prozent sogar schon länger als zehn Jahre.

Die Folgen des Wahlausschlusses sind gravierend: erzwungenes politisches Desinteresse, eine bröckelnde Legitimität staatlicher Einrichtungen und eine Politik, die an der Lebensrealität von immer mehr Menschen vorbeigeht. Demokratieforscher Rainer Bauböck kritisiert, dass ein großer Teil der Gesellschaft zwar den Gesetzen unterworfen, aber von demokratischer Beteiligung ausgeschlossen sei. Ohne Behebung dieses Demokratiedefizits könne von Integration nicht ernsthaft gesprochen werden, so Bauböck. Sein Kollege Gerd Valchars betont, dass neben der Schaffung eines realistischen Zugangs zur Einbürgerung auch ernsthaft über die Öffnung der Demokratie für NichtstaatsbürgerInnen diskutiert werden müsse.

DEMOKRATIE REALISIEREN - INITIATIVE 2

Pass egal Wahl

Österreichs Demokratie schrumpft von Wahl zu Wahl. SOS Mitmensch ruft daher erstmals alle NichtstaatsbürgerInnen zur Urne.

Demokratisch mitgestalten

Auch Betroffene wollen den Demokratieauschluss nicht länger schweigend hinnehmen: „Seit sechs Jahren lebe ich in Österreich. Die österreichische Politik schafft die Rahmenbedingungen für mein Leben hier. Um mich hier politisch repräsentiert zu fühlen und um meine Umgebung demokratisch mitzugestalten, muss die Nationalratswahl auch meine Wahl sein“, so die 26-jährige Sarah S., die mit deutschem Pass in Österreich lebt. Paulo B., 46, mit brasilianischem Pass in Österreich, hält fest: „Dass mir nach 23 Jahren in Österreich das Recht auf die Staatsbürgerschaft und auch das Recht auf politische Mitbestimmung verweigert wird, kann ich nur als irrational bezeichnen. Die Politik bewirkt damit, dass ich zu fühlen anfangen, dass es das eigentliche Ziel ist, mich und alle, die in der gleichen Situation sind, aus dem demokratischen Prozess auszuschließen und in einer Parallelgesellschaft zu halten.“

Am 24. September können Sarah S., Paulo B. und andere vom Wahlausschluss Betroffene erstmals in Österreich ihre Stimme abgeben. Als Zeichen für eine inklusive Demokratie hält SOS Mitmensch am Wiener Minoritenplatz die erste österreichische „Pass egal Wahl“ ab. Alle, die in Österreich leben, aber keinen österreichischen Pass haben, können an der Wahl teilnehmen. Damit soll die offizielle Nationalratswahl symbolisch vervollständigt werden. apo

Nähere Infos zur Pass egal Wahl auf www.sosmitmensch.at

AMTSGEBAHRUNG

„Bitte nicht zu mir“

Unter vielen MigrantInnen ist die MA 35, die Einwanderungsabteilung der Stadt Wien als Behörde des Stillstands verschrien. Abgelaufene Dokumente durch lange Wartezeiten und schwer fassbare MitarbeiterInnen – ein Lokalausweis.

TEXT: CLARA AKINYOSOYE
FOTOS: KARIN WASNER

Wer die Geschichte von Mohamed Hamud (Name von der Redaktion geändert) kennt, den wundert es nicht, dass der junge Syrer nicht gut auf die MA 35 zu sprechen ist. 2009 stellte Hamud einen Staatsbürgerschaftsantrag und wartet seither auf eine Antwort. Dazwischen ist viel passiert. In den vier Jahren waren sieben verschiedene ReferentInnen für seinen Antrag zuständig. „Drei davon haben sich gar nicht bei mir gemeldet“, sagt Hamud. Die MitarbeiterInnen, die tatsächlich für seine Anrufe erreichbar sind, sagen ihm immer wieder dasselbe. Es sei alles in Ordnung, er müsse warten, solle nicht anrufen, denn sie seien sehr beschäftigt. Erst mehr als ein Jahr nach der Antragstellung fordert ihn eine Referentin auf, seine Dokumente zu erneuern, weil sie abgelaufen sind. Für den Staatsbürgerschaftsantrag benötigt man eine Vielzahl von Dokumenten, deren Heranschaffung von den ausstellenden Behörden mit Kosten verbunden ist. Aber bereits nach wenigen Monaten sind diese Dokumente wieder ungültig. Hamud hat seine aktualisierten Dokumente schon oft bei der MA 35 abgegeben doch „sie lassen sie im-

mer wieder ablaufen“. Hamud ist kein Einzelfall. Die Volksanwaltschaft spricht in ihrem jüngsten Bericht an den Wiener Landtag von „gravierenden Verzögerungen“ bei Staatsbürgerschaftsverfahren. Sie kritisiert, dass die MA 35 die „sechsmonatige Entscheidungsfrist regelmäßig überschritten“ habe, Verfahren in vielen Fällen doppelt so lang oder länger gedauert haben und es regelmäßig zu nicht nachvollziehbaren Verfahrens-

**„Rufen Sie uns nicht an, wir sind sehr beschäftigt“,
beschied eine Magistrats-
beamtin einem Kunden.**

stillständen von mehreren Monaten gekommen ist. Die Ursachen: „organisatorische Defizite“ und „mangelnde Sorgfalt bei der Aktenverwaltung“. 2012 beschwerten sich 68 Menschen über die MA 35 als Staatsbürgerschaftsbehörde. 45 Prüfverfahren wurden durchgeführt, 22 Beschwerden waren berechtigt. Und von 94 Beschwerden bezüglich der Niederlassungsbewilligungen waren 31 berechtigt.

Gesetzesnovellen schuld

Bei der MA 35 ist man ob der Faktenlage um Erklärung bemüht. „Seit 2006 steigen die Verfahrenszahlen stetig an“, sagt Barbara Reinwein, Sprecherin der MA 35. Man wickle jährlich etwa 300.000 Verwaltungsverfahren ab. Der Grund dafür, dass die Erledigung der Anträge so viel Zeit in Anspruch nehme, sei, dass es in den letzten sieben Jahren 14 Gesetzesnovellen gegeben hat und „die Fremdenrechte mittlerweile ein Flickwerk sind, das selbst für erfahrene TopjuristInnen nur schwer überschaubar ist“. Gerade im Bereich der Staatsbürgerschaftsverfahren habe man bereits Maßnahmen zur Verfahrensverkürzung gesetzt, die aber noch Zeit bräuchten, um ihre volle Wirkung zu entfalten. Dass es seit Kurzem tatsächlich Bemühungen gibt, hält auch der Bericht der Volksanwaltschaft der MA 35 zugute. Doch in der Behörde ist nicht erst seit dem Erscheinen des Berichts Feuer am Dach. Schon lange monieren kritische BeobachterInnen, dass die MitarbeiterInnen überlastet sind, das Personal nicht ausreicht, um rasche Verfahren zu bewerkstelligen, und zudem besser geschult werden



MA 35, Amtsgebäude, sechster Stock: Verschlossene Türen, überlastete MitarbeiterInnen, weitergereichte KundInnen.

sollte. Viele KundInnen beklagen sich über unfreundliche MitarbeiterInnen, die keine Auskunft geben wollen oder können.

Akademiker fährt Lkw

Davon kann Mohammed Hamud wahrlich ein Lied singen. Nun hat sich der 30-Jährige vor einigen Monaten auch noch am Bein verletzt. Eine kleine Operation wäre notwendig, doch er lässt sie nicht machen. Denn er fürchtet um seinen Job als Lkw-Fahrer und seine Chance auf die österreichische Staatsbürgerschaft. Denn wer Österreicher werden will, muss in der Tat erwerbstätig sein. Hamud hat Islamwissenschaft, Arabistik und Orientalistik studiert und spricht perfekt Deutsch und Arabisch. Einen seinen Qualifikationen entsprechenden Job zu finden sei ohne Staatsbürgerschaft aber schwer, findet Hamud. Die lukrativen Jobangebote, bei denen seine Sprachkenntnisse und interkulturellen Fähigkeiten gefragt gewesen wären und er viel Zeit im Ausland hätte verbringen müssen, hat Hamud abgelehnt. Denn ein Staatsbürgerschaftsanwärter muss seinen Lebensmittelpunkt in Österreich haben. Aus demselben Grund ging auch die Beziehung mit seiner Verlobten in die Brüche. Das schmerzt ihn am meisten. Die gebürtige Deutsche wollte zurück in ihre Heimat und dort mit Hamud leben. Aber er war nicht bereit, Österreich zu verlassen und seine Chancen auf Einbürgerung aufzugeben. Also ließ er seine Verlobte schweren Herzens ziehen.

Außenansichten. Die MA als Baustelle?



Wien 20, Dresdner Straße. Ein Schild weckt falsche Hoffnungen.

Selbst nach vier Jahren weiß der Syrer immer noch nicht, woran er ist, obwohl er den Staatsbürgerschaftstest bereits 2011 positiv absolviert hat. Zwischenzeitlich, erzählt Hamud, war sein Akt sogar verschwunden. Mittlerweile ist er aber wieder aufgetaucht. Kein Wunder also, dass er befindet: „Die MA 35 gibt kein gutes Bild ab.“ Ein Befund, mit dem auch andere Kunden konform gehen würden, wie ein Lokalausweis in der MA 35 zeigt.

MA 35: Kämpft mit 300.000 Verwaltungsverfahren pro Jahr und in den letzten 7 Jahren mit 14 Gesetzesnovellen.

Das Hauptquartier der MA 35 in der Dresdner Straße 93 im 20. Bezirk ist alles andere als eine kleine Amtsstube. Vor dem großen, modernen Gebäude stehen an einem sehr heißen Donnerstag um kurz vor elf einige Leute verstreut. Die meisten haben ihre Unterlagen in Mappen gesammelt oder einen Antrag in der Hand. Zur Anmeldung und für Staatsbürgerschaftsfragen geht's nach links in den sechsten Stock. Das steht auf einem Schild, und das sagt auch ein Mitarbeiter, der eine neongelbe Warnweste trägt, auf der MA 35 steht. Er soll hier offensichtlich für Orientierung und Ordnung sorgen. Im sechsten Stock finden sich eine Anmeldung, eine Kassa und rund 90 wartende Menschen, die sitzen, stehen, herumgehen, Formulare ausfüllen oder ihren Kindern ein-

fach nur beim Spielen zuschauen. Und Kinder gibt es hier viele. Für sie wurde eine kleine Spielecke eingerichtet. Daneben befindet sich der Stillraum. Darin ist aber nur ein Sessel zu finden. Deswegen kann sich auch hier schon mal eine kleine Schlange bilden.

Kann Ihnen da keine Antwort geben

Eine junge Polin Mitte zwanzig schiebt ihren Kinderwagen den Gang entlang – immer wieder hinauf und hinunter. Sie telefoniert dabei mit ihrer Mutter und beschwert sich lautstark. Ihr Kind ist erst vier Wochen alt, und sie wartet bereits seit fast eineinhalb Stunden. Sie hat die Nummer 101 gezogen. Ana (Name von der Redaktion geändert) weiß, dass sie und ihre Tochter noch lange hier werden ausharren müssen. Die nächste Nummer, die aufgerufen wird, beginnt mit der Ziffer 4. Die Polin ist seit der Volksschule in Österreich, hat zwei Kinder und bereits negative Kontakte mit der MA 35 erlebt. „Das Schlimmste ist, dass man hier nichts erfährt. Jeder sagt, ‚Bitte nicht zu mir‘, keiner sagt einem was“, beschwert sich die Mutter. Eigentlich will sie hier nur die Kopie des Passes ihres Kindes abgeben, wie es in einem ihr zugestellten Brief verlangt wird. Das Schreiben hat sie mit. Ob sie die Kopie per Mail, Fax oder Post zuschicken kann, steht nicht zu lesen, nur dass sie das Dokument nachreichen soll. Mo, Di, Do, Fr zwischen acht und zwölf Uhr. Die zuständigen MitarbeiterInnen sind telefonisch aber erst ab 13 Uhr zu erreichen – auch das steht in dem Schreiben. Ana findet das „schwachsinnig“. Es ist gerade kurz nach elf.

Während sie auf und ab geht, versucht sie jemanden vom Magistrat zu finden, der ihr erklären kann, ob sie das Dokument nicht auch per E-Mail schicken kann.

Sie spielt mit dem Gedanken, einfach ein Amtszimmer zu betreten – Nummer hin oder her. Am Gang trifft sie endlich auf eine Mitarbeiterin. Die Frau schüttelt den Kopf. „Ich kann Ihnen da keine Antwort geben“, sagt sie freundlich, fast mitleidig, aber wie aus der Pistole geschossen – noch bevor Ana die Frage überhaupt gestellt hat. Eine Stunde später hat die junge Frau es doch geschafft: Im Erdgeschoß bekniert sie eine Mitarbeiterin regelrecht, doch nachzufragen, ob sie die Kopie elektronisch übermitteln könne. Die schlichte Antwort lautet „Ja“. Ana kommt zurück in den sechsten Stock, stillt ihr Kind in einer ruhigen Ecke, weil der Stuhl im Stillzimmer belegt ist, und verschenkt ihre Nummer 101 an eine Frau mit Nummer 106. Die wiederum reicht ihre alte Nummer an Bettina Schiechtl weiter, eine Frau, die gerade erst gekommen ist. Die Aufregung um die Rochade, die den Damen vielleicht einen halben Stunde Wartezeit ersparen könnte, hat etwas Amüsantes, auch wenn die Beteiligten vollkommen entnervt wirken. „Ich geh jetzt“, sagt Ana. Euphorie liegt in ihrer Stimme. Der Bildschirm zeigt derweil an, dass sich die Nummer 57 auf den Weg in ein Zimmer machen darf. Schiechtl ist zum ersten Mal in der MA 35



Stundenlanges Warten ...

und bereits verstimmt. Da die Südtirolerin mit ihrer Familie länger als drei Monate in Österreich bleiben will, muss sie deren Aufenthalt bei der MA 35 anmelden. Am Telefon wollte sie sich beim Kundenservice im Vorfeld noch einmal versichern, ob sie alle notwendigen Dokumente beisammen hat. „Ich bin Ärztin und glaube nicht, dass ich irgendwelche kognitiven Probleme habe.“ Der Mitarbeiter am Telefon habe sie aber so behandelt, sagt Schiechtl. Er habe sie auf die

Internetseite der MA 35 verwiesen, ihr erklärt, dass er nichts für die Hitzewelle könne, und einfach aufgelegt. „Hier gibt es keinerlei Kundenservice“, findet Schiechtl und versucht sich auszurechnen, wie viele Kunden pro Stunde wohl drankommen. Sie beschließt, in etwa vier Stunden wiederzukommen. Schließlich hat auch sie ein kleines Kind zu Hause. Heute ist der Wochentag, an dem hier auch nachmittags KundInnenverkehr ist.

... als Dauerzustand.



Eine Mutter rechnet sich anhand der Wartenummer aus, dass sie in vier Stunden wiederkommt.

Ein frischgebackener Österreicher mit Wurzeln aus Guinea spaziert den Gang entlang. Er hat sich einen Kaffee geholt und wirkt gelassen. Er scheint einer der wenigen hier zu sein, die keine schlechte Laune haben. Das liegt vielleicht daran, dass er nur hier ist, um für einen seiner ehemaligen Landsleute zu übersetzen und er seine persönlichen Amtswege bei der MA 35 schon vor einigen Monaten erledigt hat. Er und seine Familie haben selbst zwei Jahre auf den rot-weiß-roten Pass gewartet, und das findet er eigentlich in Ordnung: „Hier braucht man eben Geduld“, sagt er, zuckt mit den Achseln und spaziert davon. Die zufriedenen KundInnen, sie sind rar gesät in dieser Behörde. Mohammed Hamud erhielt kurz vor Drucklegung übrigens doch die Staatsbürgerschaft.

REFUGEE-PROTESTE

Schwere Geschütze

Glaubt man der Innenministerin, hausen Millionäre in den Gewölben des Servitenklosters. Geht es bei den Schleppervorwürfen des BMI gegen drei Flüchtlinge darum, dass sich gut eingebundene Menschen nicht so leicht abschieben lassen?

TEXT: TINA LEISCH, FOTOS: MUSTAFA NAQVI

Viele Flüchtlinge verbringen oft Jahre in Österreichs abgelegenen Flüchtlingsunterkünften, ohne je Kontakt zur Bevölkerung oder eine österreichische Wohnung betreten zu haben. Ganz anders die Situation im Servitenkloster in Wien, wo zirka 40 Flüchtlinge aus Afghanistan, Pakistan und Nordafrika untergebracht sind. ÖsterreicherInnen mit pakistanischem Migrationshintergrund übersetzen die neuesten Presseartikel in Urdu oder Paschtu, StudentInnen besprechen Asylverfahren, DeutschlehrerInnen geben Gratikurse. Abends treffen politische AktivistInnen ein, um auf dem Plenum die nächsten Schritte zu besprechen. Wenn die Caritas um 23 Uhr die Tür zum Versammlungsraum im Keller zusperrt, schleppen SupporterInnen Matratzen in den Hof, um zum Beistand unter freiem Himmel zu nächtigen. Als Ende Juli die Fremdenpolizei überraschend acht der Flüchtlinge festnahm und nach Pakistan abschob, flossen Tränen. Tränen der Wut über das Wahlkampfdebüt der Innenministerin als Eiserne Lady und Tränen der Trauer über die abrupte Trennung von Freunden. Was wird aus Onkel Ali Nawab, dessen letztes Lebenszeichen ein Anruf vom Zwischenstopp des Abschiebeflugs in Katar war? Das fragen sich nun die Kinder von Unter-

stützerInnen, auf die er als Babysitter aufpasste. Ali Nawab war unter anderem wegen zu großer Lebenslust inklusive Trinkfreude ins Visier der Taliban geraten. In seiner Heimat ist er in Lebensgefahr, ob er in einer pakistanischen Großstadt eine „innerstaatliche Fluchtalternative“ (Zitat Innenministerium) findet, ist mehr als fraglich.

Schuldlos Fristen versäumt

Wazir ist Paschtune aus Waziristan. Er und sein Bruder wurden von den Taliban gefangen genommen und gefoltert. Nur weil ein zwangsrekrutierter junger Talib mit ihm Mitleid hatte, konnte er fliehen. Sein Bruder tauchte nie wieder auf.

Wazir erobert mehr als nur Mädchenherzen, wenn er abends am Fenster seiner Klosterzelle sitzt und singt – solange bis allabendlich aus dem gegenüberliegenden Wohnhaus pünktlich um 22 Uhr der gleiche Nachbar „Ruhe jetzt, oder ich rufe die Polizei!“ schreit.

Der begnadete Sänger Wazir singt traditionelle Lieder der Paschtunen, des Pandschab, aber auch Bollywood-Hits und Lieder der Länder, die er auf seiner Flucht durchquerte. Als im Juni der Pianist Paul Gulda auf dem Servitenplatz ein Solidaritätskonzert für den Refugee-Protest organisierte, gab Wazir sein österreichisches

Bühnendebüt. Jetzt lernt er Schubertlieder für das nächste Konzert mit Gulda. Wazir gehört zu zwölf Refugee-AktivistInnen, die sich jeden Tag in der Früh bei der Polizei melden müssen. „Gelinderes Mittel“ heißt diese Maßnahme, die sicherstellen soll, dass abzuschiebende Flüchtlinge nicht untertauchen, bevor ihre Botschaften Heimreisezertifikate ausstellen. Jeden Morgen betritt Wazir mit weichen Knien die Wachstube in der Boltzmanngasse. Dass sein Asylantrag in zweiter Instanz negativ entschieden wurde, wirft auch Fragen bezüglich der Rechtsberatung, die er durch den Verein Menschenrechte Österreich erhalten hat, auf. Die NGO, die in engem Zusammenhang mit dem Innenministerium arbeitet, gerät durch andere NGOs immer wieder in Kritik.

Nun hat Wazir einen Folgeasylantrag gestellt, über den in den nächsten Tagen entschieden wird. Wenn die zuständigen Fremdenpolizisten und Asylrichter Wazir zumindest eine Duldung in Österreich gewähren, wird er vielleicht 2015 seinen ersten Weltmusikhit landen und 2017 den Song Contest für Österreich gewinnen. Wird er nach Pakistan abgeschoben, verkommt wahrscheinlich ein großes, aber mittellostes Talent in einem Staat, der für seine BürgerInnen nicht die minimalsten Sicherheitsgarantien geben kann.



Solidarische Proteste mit den Flüchtlingen aus dem Servitenkloster. Einige von ihnen haben den Eindruck, sie würden dafür bestraft, dass sie sich in der Öffentlichkeit für bessere Bedingungen exponiert haben.





Flüchtlinge helfen bei der Flut in Kritzensdorf.

Lennart Binder, der als Rechtsanwalt einige der Refugee-Aktivistinnen im Asylverfahren vertritt, sagt, keiner seiner Mandanten habe ein asylrechtlich rechtsstaatliches Verfahren erhalten: „Die Leute wurden um ihre Fristen gebracht, sie sind regelrecht betrogen worden. Als sie aus Traiskirchen wegmarschiert sind, um an einer Demonstration vor der Votivkirche teilzunehmen, hat man sie nicht mehr nach Traiskirchen zurück gelassen. Dadurch wurden Fristen versäumt und in der Folge Bescheide nicht zugestellt. Sie hatten vertraut, dass Rechtsberater Beschwerde einreichen würden, das ist nicht passiert.“

Auch Michael Genner, Rechtsberater von Asyl in Not, der einige der pakistanischen Flüchtlinge berät, stellt fest: „Es gab für keinen der Flüchtlinge ein faires Asylverfahren. Nach dem negativen Entscheid in erster Instanz gab es in keinem einzigen Fall eine mündliche Verhandlung vor dem Asylgerichtshof in zweiter Instanz. Zwei meiner Klienten wurden abgeschoben, obwohl wir Anträge auf Duldung wegen der inzwischen sehr verschärften Sicherheitslage in Pakistan gestellt hatten. Einer der beiden hat sich inzwischen telefonisch bei uns gemeldet und erzählt, er sei zu den Eltern zurück und dort seien die Taliban aufgetaucht und hätten nach ihm gefragt, weshalb er nun untergetaucht sei.“

Döner statt Millionen?

Einer der Refugee-Sprecher erinnert noch einmal an die Hintergründe des Protests: „Wir hatten zwei Ziele: Wir wollten auf menschenrechtswidrige Zustände im österreichischen Asylsystem aufmerksam machen, und wir wollten für uns selbst kämpfen. Darum, dass wir hier bleiben können.“

Beim ersten Ziel hätte man einiges erreicht: Die Bedingungen im damals völlig überfüllten Traiskirchen seien verbessert, besonders schlimme Flüchtlingsunterkünfte geschlossen worden. Auch das Recht auf Arbeit für Flüchtlinge würde nun diskutiert. „Beim zweiten Ziel“, so der Sprecher, „haben wir das Gegenteil bewirkt: Jene, die sich engagiert haben, werden nun besonders schnell abgeschoben. Das Innenministerium will uns bestrafen.“

Der Verdacht der Bestrafung erhärtet sich im Fall der plötzlich aufgekommenen Schleppervorwürfe durch das BMI. Just am Tag nach der Abschiebung der ersten acht

„In Österreich erhält ein Prozent der Flüchtlinge aus Pakistan Asyl, in Italien sind es 38 Prozent.“

Flüchtlinge, als von verschiedener Seite heftige Kritik geübt wurde, verhaftete die Polizei plötzlich drei der Aktivistinnen unter dem Vorwurf der Schlepperei. Innenministerin Mikl-Leitner erklärte der Öffentlichkeit: „Wenn es etwa Probleme mit schwangeren Frauen auf der Schlepperroute gab, dann wurden diese Frauen hilflos auf der Route zurückgelassen.“ Einige Medien titelten mit „Bosse der Schleppermafia“. Alexia Stuefer, Anwältin eines der Verhafteten, bezeichnet die Behauptung, ihr Mandant sei ein Schlepperboss und habe dabei Millionen verdient, als „zur Gänze haltlos und nicht nachvollziehbar“. Sie spricht von offenbar „gezielt lancierten Fehlinformationen“, die zu einer beispiellosen Vorverurteilung geführt hätten. Auf Nachfrage erklärten indes auch die zuständigen Staats-

anwaltschaften, in den Akten nichts finden zu können, was die Vorwürfe bestätige. Dem „Falter“ erklärte die Sprecherin der Staatsanwaltschaft Wien, die beschuldigten Votivkirchen-Flüchtlinge hätten bei „mutmaßlichen Schleppungen“ allenfalls „ein paar 100 Euro“ erhalten. Doch selbst dieser Vorwurf müsste erst geklärt werden.

In den Akten sei einmal von 50 Euro die Rede, 15 Euro davon für ein Döner für einen „Geschleppten“, einmal von 40 Euro.

Im Servitenkloster schütteln die Flüchtlinge die Köpfe über diese Kampagne. Ein Freund eines der Verhafteten hält den Vorwurf, Schlepperboss zu sein, für „völlig absurd“: „Es heißt, er habe Landsleuten auf der Durchreise etwas zu essen gegeben. Schauen Sie: In Österreich bekommt ein Prozent der Pakistani Asyl, in Deutschland 20 Prozent, in Italien 38 Prozent. Die Leute versuchen also weiterzureisen, auch, um zu Verwandten zu kommen. Werden sie in Österreich aufgegriffen, müssen sie den Asylantrag hier stellen. Es heißt, A. hätte für solche Durchreisende hier in Wien ein paar mal Unterkünfte und Essen besorgt. Er wusste vielleicht nicht einmal, dass das eine Straftat ist.“

Warum also fährt das Innenministerium derart schwere Geschütze auf – um eine Protestbewegung zu bekämpfen, die Menschenrechte für die Rechtlosen fordert? Sollte das alles wirklich nur ein unmenschliches Wahlkampfmanöver der ÖVP-Ministerin sein? Oder sollte das sympathische Bild der Votivkirchenflüchtlinge in den Medien möglichst nachhaltig beschädigt werden, um sie leichter abschieben zu können?

Fakt ist, dass Flüchtlinge in Österreich erstmals die Rolle des armen Opfers ebenso wie die Rolle des bedrohlichen Eindringlings hinter sich gelassen haben. Sie sind als Bürger und Weltbürger aufgetreten, haben Menschen- und Bürgerrechte eingefordert und aufgezeigt, dass der nationalstaatlich begrenzte Begriff von Demokratie längerfristig in einer globalisierten Welt nicht Bestand haben wird, ohne dass die Demokratie dabei verloren geht. Einmal mehr wurde aufgezeigt, dass in Fragen der Migrationspolitik Handlungsbedarf besteht.

Vielleicht hat die Innenministerin ja auch recht und die Refugee-Protestbewegung ist tatsächlich brandgefährlich für ihre Politik. Denn wenn allerorten Flüchtlinge und legal Ortsansässige miteinander ins Gespräch kommen, gemeinsam für Menschenrechte eintreten, dann ist das aktuelle Grenz- und Migrationsregime nicht zu halten.



Verein Echo: Man wollte uns als Vorzeigeprojekt der roten Stadtregierung benutzen.

INTERVIEW

Der Unbeugsame

Bülent Öztoplu heute Lokalinhaber, war vor seinem Rückzug viele Jahre eine der zentralen Figuren der österreichischen Migrationspolitik. Ein Gespräch über innovative Ansätze, politische Vereinnahmungsversuche und die Folgen des internationalen Haftbefehls 2001 gegen ihn.

INTERVIEW: NIKO KATSIVELARIS
FOTOS: PRIVAT

Sie sind heute bekannt als Eigentümer des Wiener Lokals Bluebox. Was viele nicht wissen: Sie waren zehn Jahre lang als Leiter des Projekts „Echo“ eine fixe Größe in der österreichischen Migrationspolitik. Wie kommt das?

Echo musste 2004 zusperren. Nachdem uns die Subventionen abgedreht wurden, habe ich zwei Jahre lang versucht, auf eigene Faust weiterzumachen. Das hat mir dann zu lange gedauert. Ich war auch frustriert, weil 15

Jahre soziales Engagement und Integrationsarbeit durch Machtpolitik einfach zerstört wurden. Ich wurde damals als Sprachrohr der zweiten und dritten Generation wahrgenommen, der Verein hatte zwölf MitarbeiterInnen. Danach hatte ich das Gefühl, keine Möglichkeit mehr zu haben, für die Jugendlichen zu sprechen.

Haben die Jugendlichen Ihre Entscheidung einfach so akzeptiert?

Nein, viele wollten weiter kämpfen. Aber ich habe keinen Sinn mehr gesehen, in dieser politischen Landschaft weiterzumachen. Und da habe ich mir gedacht, ich suche mir eher etwas Persönliches.

Was war das Merkmal dieser politischen Landschaft?

Na ja, die Gemeinde Wien forderte als Fördergeberin sichtbare Dankbarkeit. Echo war in der Öffentlichkeit sehr präsent und man

ZUR PERSON**Bülent Öztoplu**

Bülent Öztoplu ist Inhaber des Lokals Bluebox in Wien-Neubau. Bekannt wurde er mit dem 1991 gegründeten Projekt „Echo“ für jugendliche MigrantInnen der 2. und 3. Generation. Echo entwickelte sich unter Öztoplus Leitung von einem Zeitungsprojekt zu einem Jugendzentrum, das bis 2004 existierte. Von 1999 bis 2001 war Öztoplu Mitglied einer Kommission des Menschenrechtsbeirates. 2005 gründete er gemeinsam mit Simon Kravagna die Zeitschrift biber. Er erhielt zahlreiche Preise, darunter den Ute-Bock-Preis 2003.

wollte uns als Vorzeigeprojekt der roten Stadtregierung benutzen. Es hat der Gemeinde Wien nicht gepasst, dass wir möglichst unabhängig bleiben wollten und mit allen möglichen Akteuren kooperierten – von den Grünen bis zur ÖVP. Echo wurde so zur Konkurrenz für andere Sozialprojekte – und wollte sich trotzdem nicht vereinnahmen lassen.

Gab es weitere Konfliktpunkte?

Ja, ich hatte mich gegen die in der Sozialarbeit übliche Trennung zwischen „Bedürftigen“ und „HelferInnen“ gewehrt. Ich wollte diese Grenze aufheben und zeigen, dass vermeintlich passive „Opfer“ selbst sehr aktiv werden können. Das war der Gemeinde Wien aber nicht „niederschwellig“ genug. Weil junge MigrantInnen sich für Musik, Theater und Medienarbeit interessierten, galten sie nicht mehr als „bedürftig“ – sie waren eben nicht drogenkrank oder kriminell! Mein Eindruck war: Wenn die Jugendlichen Bildung und künstlerische Entfaltung einforderten, war die Politik überfordert. Warum sollte man schließlich Geld für Jugendliche ausgeben, die erfolgreich kulturell aktiv waren und keine Probleme hatten? Bis heute werden von Sozialprojekten gegenüber Fördergebern solche klischeehaften Bilder gefordert. Dabei nehme ich keine Partei aus: Auch die Grünen wollten eine Art „karitativer Ausländerfreundlichkeit“ von uns.

Bei Echo waren Selbstorganisation und Partizipation der Jugendlichen sehr wichtig. Wie sah das aus?

Die Jugendlichen hatten einen Vorstand gebildet. Wer ein paar Jahre dabei war, konnte



„Mein Eindruck war: Wenn die Jugendlichen Bildung und künstlerische Entfaltung einforderten, war die Politik überfordert.“

Obmann oder Obfrau werden. Bei Bewerbungen von JugendarbeiterInnen konnten die Jugendlichen mitentscheiden und BewerberInnen ablehnen. Natürlich hatte die Geschäftsführung etwas zu sagen, aber es war mir wichtig, dass die Jugendlichen Demokratie lernen und erleben können. Es ist gut, wenn 17-Jährige verstehen, was es jeweils bedeutet, in der Mehrheit oder in der Minderheit zu sein.

Wer war die Zielgruppe von Echo?

Es kamen rund 200 Jugendliche pro Tag zu uns. Gezählt hat aber die Qualität des Engagements und nicht die BesucherInnenstatistik. Es waren bis zu 15 verschiedenen Nationalitäten, sehr viele Mädchen. Die wollten wir besonders fördern, damit sie sich gegenüber patriarchalen Mustern emanzipieren. Im Mittelpunkt sollten bei allen die individuellen Fähigkeiten stehen: Was denkst du?

– und nicht: Was denken die TürkInnen etc.? Solchen Zuschreibungen wollten wir das Individuum entgegenhalten.

Das Nachfolgeprojekt zur Zeitschrift Echo war die Zeitschrift biber. Wie sehen Sie das Projekt heute?

Ziel war, MigrantInnen in den Journalismus zu bringen. Echo hatte stets das Problem, nicht als Medium, sondern als Sozialprojekt wahrgenommen zu werden. Ich hatte zunächst erfolglos versucht, EU-Fördergelder zu erhalten, um eine professionelle journalistische Ausbildung von Jugendlichen mit Migrationshintergrund zu finanzieren. Dann wollte ich ein Blatt machen, das kommerziell genug sein sollte, um von Subventionen unabhängig zu sein. Darum hatte ich Simon Kravagna als Partner gewählt.

Sie sind nach zwei Ausgaben ausgestiegen.

Warum?

In meinen Augen sollte biber bunt sein – aber kantig! Kommerziell erfolgreich, aber politisch. Ich musste feststellen, dass beide Partner gleiche Ziele brauchen, um das zu realisieren. Da habe ich ihm angeboten, das Projekt mit einem anderen Partner fortzuführen – so viel ich weiß, bis heute kommerziell erfolgreich, aber inhaltlich umstritten. biber ist heute ein erfolgreiches Alles-paletti-uns-geht-es-super-Magazin.

Das Politische hat ja in Ihrem Leben schon sehr früh eine Rolle gespielt. Sie haben aus politischen Gründen die Türkei verlassen.

Ich war bereits im Gymnasium politisch aktiv. 1980 – ich war 20 Jahre alt und Student – kam der Militärputsch, viele Leute wurden willkürlich festgenommen. Meine Familie hat sich Sorgen um mich gemacht und gesagt: Bevor du hier deinen Mund nicht halten kannst und festgenommen wirst, ist es doch besser, du gehst nach Europa.

Was waren Ihre ersten Eindrücke von Österreich?

Österreich und Europa überhaupt waren auf eine für mich ungewohnte Weise sehr frei. Ich habe sehr lange gebraucht, mich daran zu gewöhnen: dass es nicht gefährlich ist, mit politisch einschlägigen Zeitungen in der Hand gesehen zu werden.

Sie waren drei Jahre lang Mitglied des Menschenrechtsbeirates, als im August 2001 ein internationaler Haftbefehl gegen Sie erlassen wurde. Am 13. September 2001 wurden Sie von 20 WEGA-Beamten verhaftet. Was ist da genau passiert?

Die Polizei war damals menschenrechtliche Kontrolle von außen noch nicht gewohnt. Noch dazu war ich der einzige Ausländer in der Kommission. In einem der Kommissariate, für deren Kontrolle ich verantwortlich war, gab es Leute, die sich in ihrem Stolz gekränkt fühlten, weil ich dem Stereotyp vom Türken nicht entsprach. Ich war immer sehr korrekt und kooperativ, meine Kompetenz konnte man nicht in Frage stellen. Wer den internationalen Haftbefehl gegen mich veranlasst hat, habe ich nie erfahren. Man hat offensichtlich etwas gegen mich gesucht – und dann gab es in Deutschland einen Fall, der offen war.

Was konkret meinen Sie?

1984, als ich schon in Österreich lebte – ich war 24 Jahre alt –, reiste ich mit einem Tou-

ristenvisum nach Deutschland und habe dort bei einem linken türkischen Kulturverein in Mannheim mitgearbeitet. Eines Abends kam es zu einem Handgemenge zwischen zwei meiner türkischen Freunden und drei Polizisten in Zivil. Wir dachten zunächst, es wären Neonazis, dabei waren es betrunkene Beamte außer Dienst vom Kommissariat ums Eck. Als ich sah, wie mein Freund auf dem Gehsteig lag und von drei Männern verprügelt wurde, mischte ich mich ein – da traf mich von hinten ein Schuss aus einer Dienstpistole.

Wie ging diese Geschichte weiter?

Daraus ist in Deutschland 1984 ein großer Skandal geworden, dass war der sogenannte „Mannheimer Fall“. Es gab Proteste, Kirchenbesetzungen, Autobahnbesetzungen etc. Weil wir Schadenersatz forderten, wurde der Fall eingestellt. Man versuchte, mich als türkischen Kriminellen und Unruhestifter hinzustellen, und ich bekam für Deutschland kein Visum mehr – dabei war ich mit einer Deutschen verheiratet, wir hatten ein gemeinsames Kind. Als wir später nach Eng-

Österreich war für mich auf eine ungewohnte Weise sehr frei. Ich habe lange gebraucht, um mich daran zu gewöhnen.

land und dann in die Türkei gingen, wusste der deutsche Staat immer, wo ich war. Man sagte mir inoffiziell: Wenn Sie noch einmal nach Deutschland kommen, werden wir diesen Fall gegen Sie verwenden.

Was wurde daraus 17 Jahre später in Österreich?

Dieser Fall hat auch die Wiener Polizei interessiert, die mich, so mein Eindruck, als Mitglied des Menschenrechtsbeirates loswerden wollte. Ohne genau zu wissen, was tatsächlich passiert war, verlangte sie von Deutschland einen internationalen Haftbefehl. Ich wurde in der Früh festgenommen.

Wie reagierte der Menschenrechtsbeirat?

Ich wurde vorübergehend suspendiert – obwohl zu dem Zeitpunkt nichts gegen mich vorlag. Dass der Menschenrechtsbeirat die Unschuldsvermutung missachtet, war ein Skandal. Der Vorsitzende des Menschenrechtsbeirates musste danach zurücktreten.

Wie haben Sie sich zunächst verteidigt?

Ich habe gegen die zuständige Polizeiinspek-

tion in der Kandlgasse 4 in Wien-Neubau Anzeige erstattet – vier Polizisten wurden verurteilt. Ich habe dann auch in Deutschland ein Verfahren gefordert – das fand mit 20 Jahren Verspätung und ohne Einvernahme von ZeugInnen statt. Die zuständigen Polizisten waren bereits aufgrund zahlreicher anderer Gewaltdelikte suspendiert worden, die zuständige Dienststelle geschlossen. Nicht nur das: Die damals zuständige Richterammer war bereits suspendiert worden, weil sie den Holocaust-Leugner Irving freigesprochen hatte. Am Ende erwies ich – der mutmaßliche türkische Kriminelle – mich als der Einzige, der sauber war. Da haben sie mir 20.000 Euro Entschädigung gezahlt für die Gerichtskosten und gesagt, ich sollte nicht zum Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte in Straßburg gehen.

Wurden Sie wieder Mitglied des Menschenrechtsbeirates?

Nach meinem Freispruch wurde ich wieder Mitglied, aber ich bin dann freiwillig gegangen. Mit einigen der Mitglieder wollte ich nichts mehr zu tun haben: Sie hatten gegenüber einem anderen Mitglied plötzlich die Unschuldsvermutung fallen lassen, als es hart auf hart ging.

Sie sind heute nicht mehr politisch aktiv. Erleben Sie Ihre Erfahrungen als Niederlage?

Nein, aber ich kann nicht auf einem qualitativen Niveau politisch tätig sein, das meinen Ansprüchen genügen würde. Da würde ich bürokratische Probleme bekommen. Ich wäre abhängig von FunktionärInnen, die für Subventionen zuständig sind, aber null Ahnung von der Sache und kein Interesse daran haben. Das geht nicht mehr, dafür fühle ich mich zu alt.

Was erwarten Sie sich bei den Wahlen zum Thema Migration und Integration?

Nichts Neues – weder vom Sunnyboy Sebastian Kurz noch vom Opportunisten H. C. Strache. Vor 15 Jahren hatte das politische Establishment noch Panik wegen des Migrationsthemas. Deswegen hat man ein bisschen investiert. Diese Panik ist vorbei, die Regierungsparteien haben ein paar VorzeigemigrantInnen und Zugang zu MigrantInnenvereinen. Derzeit gibt es ohnehin keine nennenswerte Migration nach Österreich. Deswegen ist die Regierung bequem geworden. Man will die FPÖ unter Kontrolle haben – und die MigrantInnenvereine auch.

JUGENDHAFT-VOLLZUG

Fühlst dich wie Rambo

Momo hat schon als Jugendlicher Erfahrungen im Gefängnis gemacht. Als er draußen war, sollte alles besser werden. Aber nach zwei Tagen, sagt Momo, machst du wieder denselben Scheiß. Was läuft schief in Österreichs Jugendstrafvollzug?

TEXT & FOTOS: HANNA SILBERMAYR

Mach die Augen zu“, sagt Momo und schließt sie selbst, so als wolle er zeigen, wie das geht. „So dunkel war es dort“, sagt er dann. Zwei Tage war er in diesem schwarzen Zimmer, vielleicht auch drei, so genau weiß Momo das nicht mehr. Am ersten Tag hat er gegen die Wände geschlagen, dann hat er Spinnen gesehen. „Es sind keine Spinnen da, aber du bildest dir ein, dass da welche sind. Man denkt sich, dass man deppert wird oder krank ist“, erzählt er.

Jetzt sitzt der 21-Jährige am Donaukanal. Erklärt, dass er ruhiger wäre als früher, nicht mehr so viel Blödsinn machen würde. Und: dass er keine Probleme mehr haben möchte. Trotzdem erzählt er von Leuten, die ihn „dumm anmachen“ würden. Oft reicht ein blöder Blick, der in einer Schlägerei endet. So beginnt auch seine Geschichte: mit Handgreiflichkeiten. Irgendjemand hatte den damals 15-jährigen Momo auf der Straße gefragt, warum er so blöd schaue, ob er ein Problem habe. Dann flogen die Fäuste. Sein Gegner zückte ein Messer, wollte ihn damit

abstechen, sagt Momo. Im Chaos habe er es ergriffen, den anderen damit am Oberschenkel getroffen. „Ich weiß nicht einmal mehr, wie ich das gemacht habe“, beteuert er heute. Dann wäre er im Schock gewesen, hätte gewartet, bis die Polizei kam. Die brachte ihn in die Justizanstalt Wien-Josefstadt: Untersuchungshaft.

In der U-Haft setzte sich die Gewalt, die Momo schon von der Straße kannte, weiter fort.

Sonst verliert man sein Gesicht

Margitta Neuberger-Essenther ist die Leiterin der Haftanstalt Gerasdorf, in der Jugendstraftäter untergebracht sind. Nur zu gut kennt sie solche Geschichten. Die Hintergründe sind meist soziale und emotionale Vernachlässigung in der Familie. „Wenn es die Wärme zu Hause nicht gibt oder diese nicht ausreicht, dann sucht man sie sich woanders, in Peergroups. Dann passieren sol-

che Straftaten“, erklärt sie. Auch bei Momo war dieser Halt nicht da. Mit elf Jahren kam er aus der Türkei nach Österreich zu Onkel und Tante. Die Eltern waren während einer wichtigen Phase seines Lebens abwesend, einfach nicht da.

In der U-Haft setzte sich die Gewalt, die Momo schon von der Straße her kannte, weiter fort. Keine zehn Minuten war er in der Zelle, als er das erste Mal von einem Mitinsassen geschlagen wurde. „Sie suchen Opfer, und wenn du das bist, dann musst du alles für sie machen“, beschreibt er die Situation hinter Gittern. Natürlich habe er auch zugeschlagen – sonst verliert man sein Gesicht.

Das Ludwig Boltzmann Institut für Menschenrechte hat Anfang 2013 eine Studie zum Thema veröffentlicht. Häftlinge der Justizanstalten in Wien-Josefstadt und Gerasdorf haben dafür andere Insassen über Gewalt im Jugendstrafvollzug interviewt. Das Ergebnis: Unter den Häftlingen herrscht eine Hierarchie, eine Einteilung in Stärkere und Schwächere. Die Positionen innerhalb



Wird ein Jugendlicher zur Gefahr für sich und andere, kann er bis zu 14 Tage in eine Absonderungszelle gesperrt werden. In der Justizanstalt Gerasdorf versucht man, ohne diese Maßnahme auszukommen.

dieser Rangfolge werden durch physische und psychische Gewalt ausgelotet. Erschwerend kommt hinzu, dass die Jugendlichen zwischen 14 und 18 Jahren stundenlang in Gemeinschaftszellen eingesperrt sind. Eine einzige Stunde können sich die Insassen der Justizanstalt Wien-Josefstadt im Hof frei bewegen. Möglichkeiten, sich etwa durch sportliche Aktivitäten abzureagieren, gibt es nicht. „Sitzen, reden, schlafen, was macht man da sonst?“, meint Momo mit einem Achselzucken. Druck, Frustration und Langeweile führen im Endeffekt dazu, dass Auseinandersetzungen und Misshandlungen innerhalb der Hafträume programmiert sind.

Sensible Phase

Barbara Unterlechner von der Opferschutzorganisation Weißer Ring, die an der Studie federführend mitgearbeitet hat, verortet in der Unsicherheit über den Ausgang ihrer Verfahren eine große Belastung für die Jugendlichen: „Sie wissen noch nicht, ob sie verurteilt werden, wie lange sie im Gefängnis bleiben müssen.“ Im regulären Straf-

vollzug in der Justizanstalt Gerasdorf ist die Situation besser. Man muss sich zwar damit abfinden, dass man für längere Zeit in Haft sein wird, doch die Ungewissheit ist nicht mehr so groß. Zusätzlich gibt es mehr Beschäftigungsmöglichkeiten. Untertags absolvieren die meisten Jugendlichen eine Ausbildung in den anstaltsinternen Lehrwerkstätten, am Abend und in der Nacht sind sie in Einzelzellen untergebracht. Dennoch, auch hier gibt es sensible Phasen, wie Neuberger-Essenther erklärt: „Vor allem jene Häftlinge, die lange Strafen absitzen, werden drei bis sechs Monate vor ihrer Entlassung unruhig. Sie fürchten sich vor dem, was draußen auf sie zukommt.“ Dann steigt das Aggressionspotenzial wieder an.

Wird ein Jugendlicher damit zur Gefahr für sich selbst und andere, kann er bis zu 14 Tage in eine sogenannte Absonderungszelle gesperrt werden. So wie Momo nach einer Schlägerei. „Das ist ein Disziplinierungsmittel, das im Gesetz verankert ist“, erklärt Neuberger-Essenther. In der von ihr geleiteten Justizanstalt Gerasdorf versucht man aber,

von dieser Maßnahme abzukommen: „Wenn man Einzelhafträume hat, wie das hier der Fall ist, kann man den betreffenden Jugendlichen dort einsperren. Er kann dann am Nachmittag halt nicht raus.“ In Wien-Josefstadt, wo die Untersuchungshaft vollzogen wird, gibt es diese Möglichkeit nicht.

Diese Situation ist auch für die Justizwachebeamten eine Herausforderung. In der Studie des Boltzmann Instituts kommen sie nicht gut weg. Zwar kämen körperliche Übergriffe von Seiten der BeamtInnen kaum vor, die Androhung und Durchführung von Strafen würden von den Insassen aber vielfach als Demütigung empfunden. „Wenn sich zwei Jugendliche in den Haaren liegen, dann muss man eingreifen, das geht dann sicherlich nicht zärtlich ab“, meint Anstaltsleiterin Neuberger-Essenther. Das Hauptproblem sind die mangelnden finanziellen und personellen Ressourcen. In der Straf-anstalt Gerasdorf kommen auf 30 Häftlinge nur zwei BeamtInnen – ohne spezielle Schulung im Umgang mit schwierigen Jugendlichen. Für das gesamte Haus mit bis zu 120



Anstaltsleiterin Neuberger-Essenther fordert, dass Alternativen zur Haft für Jugendliche gesucht werden.

Insassen gibt es eine einzige Sozialpädagogin, die sich nur um die bedürftigsten Häftlinge kümmern kann – 18 sind es momentan. In der Justizanstalt Wien-Josefstadt, die die meiste Zeit überbelegt ist und in der hauptsächlich erwachsene Straftäter untergebracht sind, ist die Situation weitaus prekärer. Es wäre schon möglich, dass MitarbeiterInnen aus der Jugendabteilung abgezogen werden, wenn man sie anderswo braucht, vermutet Neuberger-Essenther.

Reformen dringend nötig

Nach drei Monaten Untersuchungshaft wurde Momo freigelassen. Die Richter waren zu dem Schluss gekommen, dass er aus Notwehr gehandelt hat. Doch die Zeit in der Justizanstalt Wien-Josefstadt sollte ihn prägen: „Drinnen hast du dich viel geschlagen, hast immer Stress gehabt. Wenn du dann rauskommst, fühlst du dich wie Rambo, glaubst, du kannst es mit jedem aufnehmen.“

Margitta Neuberger-Essenther wünscht sich, dass die Untersuchungshaft für Jugendliche abgeschafft wird. Man reiße damit Menschen aus der Gesellschaft, aus einer möglicherweise intakten Situation. Alternativen zur Haft müssten gefunden werden. „80 Prozent der Gewalttäter in Gerasdorf waren selbst Opfer“, sagt sie. Opfer von Miss-

handlungen im näheren Umfeld. Wenn es in der Familie des Jugendlichen Probleme gibt, müsse man dort Betreuung anbieten, sodass sie dem Jugendlichen wieder Stabilität geben kann. Aber dazu müsste der Staat Geld in die Hand nehmen. Nachdem es in der Justizanstalt Wien-Josefstadt zur Vergewaltigung eines 14-jährigen Jugendlichen gekommen war, ist eine breite Debatte aufgebrochen. Neuberger-Essenther hofft, dass

„Nach zwei Tagen
machst du wieder
den selben
Scheiß.“

die Thematik nach den Nationalratswahlen nicht einfach von der politischen Agenda verschwindet – denn im Jugendstrafvollzug wären Reformen dringend notwendig.

Im Gefängnis machte sich Momo viele Gedanken: warum er das gemacht hat, dass jetzt überall vermerkt wäre, dass er in Haft war, dass er womöglich keine Arbeit mehr findet. Hilflös kehrt er nach der Zeit in Untersuchungshaft in die Gesellschaft zurück. Niemand ist da, der ihn aufhängt. Als Momo das Gebäude in der Josefstadt verlässt, nimmt er sich vor, nie wieder

Blödsinn zu machen. „Aber nach zwei Tagen machst du wieder denselben Scheiß“, sagt er. Barbara Unterlerchner sieht solch eine Situation kritisch: „Da drinnen verfestigt sich womöglich das, was man von draußen schon kennt: dass Gewalt eine Konfliktlösungsstrategie ist.“ Die Haft würde das Problem im Grunde verstärken, die Rückfallquoten erhöhen.

Momo will keine Probleme mehr. Trotzdem sind sie da: Rechnungen vom Finanzamt, die er nie beglichen hat; Vorladungen zum AMS, nachdem er seine Lehre ein halbes Jahr vor Abschluss abgebrochen hat; Inkassoforderungen eines Unternehmens, von dem er nicht weiß, wofür es Geld will. Seine Fäuste setzt er immer noch ein, wenn er es für notwendig hält. „Nur so werde ich respektiert“, ist er sich sicher. Ein Teufelskreis, aus dem er ohne Hilfe womöglich nicht herauskommt. Momos Eltern haben nie erfahren, dass er in Haft war. Der ältere Bruder durfte ihn dort nicht besuchen. Warum, das hat man Momo nicht gesagt. Etwas verunsichert fragt er einmal am Telefon: „Du wirst mich doch besuchen, wenn ich wieder in Haft bin, oder?“ Heute ist sich Momo sicher: Wenn sein Vater und seine Mutter hier bei ihm gewesen wären, wäre er nicht im Gefängnis gelandet.

NEUES VON DER BOCK

Von ihr kann man alles haben, nur kein Nein. Die Flüchtlingshelferin Ute Bock ist im wahrsten Sinn grenzenlos. Ihre Sozialarbeit: der ganz normale Wahnsinn. Alltag in Wien.

TRANSKRIPTION: SUSANNA GARTLER, FOTO: LEA FRIESSNER



EH KLAR, LOGISCH

Heute war eine Frau da, die hat ein Kind mit einem Wasserkopf. Das hat so eine Apparatur, mit der das Wasser irgendwie abgeleitet wird – oder weiß der Teufel ... Die Behandlung zahlt jedenfalls kein Mensch. Die Mutter muss jetzt aber selber dafür aufkommen und damit fehlt ihr das Geld für die Miete. Können Sie sich vorstellen, wie es der geht? Und das mitten in Österreich. Ich versuch halt immer das Geld aufzustellen, aber der Sommer ist so eine Zeit, wo ich halt ... *Frau Bock macht ein Geräusch, wie wenn sie keine Luft mehr bekommt.* Da fahren die Leute auf Urlaub, da will keiner spenden, da braucht ein jeder sein Geld selber und hat keine Zeit für die Sorgen, die ich hab. Ist eh klar, logisch, kein Vorwurf – aber so ist es. Aber hier werden die Leute hysterisch.

KINDER

Kommt eine Nachbarin abends herüber und beschwert sich: Da telefoniert jemand auf der Straße so laut, und sie sieht gar nicht ein, dass sie sich das anhören muss. Und jetzt hätten wir das wieder so wie früher. Da sag ich: Früher, wie ich hier Heimleiterin war, hat es noch gar keine Handys gegeben. Was erzählen Sie mir da? Wirklich! Also mit mir kann sie da keine Schwierigkeiten gehabt haben, da hat doch keiner ein Telefon gehabt.

Da hat gerade das Funken angefangen, Sie wissen schon, Roger, Roger ... Aber was soll man machen. Das Dümme, was der liebe Gott gemacht hat, war der Mensch. An die Kinder, die in so einem Flüchtlingssystem aufwachsen, denkt aber niemand. Was soll aus diesen Kindern werden, wo die Eltern herumgeschoben werden, nicht arbeiten können, während es rundherum Reichtum gibt? Ein Kind, das so aufwächst, hat doch keine Chance! Das ist viel zu wenig bekannt – ich bin da jetzt erst draufgekommen –, dass Kinder, die so schief aufwachsen, eine geringere Lebenserwartung haben als andere. Solche Kinder sind viel eher krank. Ich hab da leider nichts Positives zu berichten. Ich hab gerade eine schlechte Welle, das kann schon sein. Aber wenn S' da so zuschauen.

SO SCHAUT'S AUS

Was mach ich, wenn eine Frau kommt und sagt, sie hat kein Essen für die Kinder und keine Windeln? Wissen Sie, was ich in der Tasche hab: 50 Cent. Aber morgen kommt eh meine sagenhaft hohe Pension, da ist ja der Monatserste. Aber horchen Sie, ich bekomme mein Geld am Ersten, und am Abend hab ich schon um 4.000 Euro überzogen. So schaut's aus. Ich brauch für mich fast nichts – gut, ich kauf mir eine Wurstsemmel, aber ich brauch

sonst nichts! Es gibt halt Leute, die behaupten, ich stehle den Flüchtlingen das Geld, aber was soll ich denen stehlen: Da müsst' ich denen die Schuhe ausziehen und verkaufen. Und ich hab gehofft, die Stimmung wird ein bisschen besser. Werden wir sehen, vielleicht nach den Wahlen. Ein jeder hat Angst, er verliert Stimmen, wenn er ein gutes Wort sagt.

EIN BISSERL GESTÖRT

Ein Ehepaar, er aus Armenien, sie aus Georgien. Sie und die Kinder haben die georgische, er die armenische Staatsbürgerschaft. Die hat die Polizei abgeschoben: Die Mutter mit den Kindern nach Georgien, den Vater nach Armenien. Obwohl sie verheiratet sind. Solche Sachen passieren. Na ja, und wenn sie es vorher erfahren, gehen sie vielleicht in den Untergrund, aber das ist ja noch viel ärger. Was wird aus den Kindern, die so aufwachsen! Die fürchten sich und rennen bei jedem Polizisten davon. Wobei ich sagen muss, die Polizei im 10. Bezirk, die kenn' ich halt schon ewig lang. Die sind lieb, nett und freundlich, ich kann nichts Böses sagen. Natürlich, die machen, was ihnen angeschafft wird. Aber dass sie so wie früher oft ein bisserl böse sind und so: schon lange nicht mehr. Die haben selber den Eindruck, dass das ein bisserl gestört ist, was da passiert.

POPULÄR GESEHEN

Mein digitales Ebenbild

Die neue Macht will unsichtbar sein. Was Dorian Gray mit unserer Facebook-Kultur zu tun hat.

EINE KOLUMNE VON MARTIN SCHENK
Illustration: Petja Dimitrova

Der reiche und schöne Dorian Gray besitzt ein Porträt, das statt seiner altert und in das sich die Spuren seines Lebenswandels gewaltvoll einschreiben. Während das Bildnis immer hässlicher wird, bleibt er selbst jung und makellos schön.

Facebook bietet den umgedrehten Dorian Gray: Man selbst wird älter, ist unperfekt und unbedeutend, während das digitale Bildnis makellos, besonders und perfekt bleibt. Wir erschaffen unser digitales Bildnis so wie wir uns wünschen: ein Dorian Gray, der sein anderes digitales Ich in die Welt der Träume führt. Der Tag besteht darin, dem digitalen Ebenbild nachzueifern, ihm gleichen zu wollen. Die Schönheitsoperationen im Gesicht folgen dem Blick aufs digitale Ebenbild. Jedes Posting wird eine Geschichte über sich selbst, jedes Like verrät eine Story über die eigenen Vorlieben, jeder Eintrag im Profil vervollständigt das Bildnis, das anleitet, wie wir die anderen sehen machen wollen, wie wir uns gerne sehen würden. Das Ziel: Maximale Anerkennung bei maximaler Privatheit. Man wäre gerne ein Anonymer, über den jeder spricht. Am liebsten wäre man ganz privat – aber allseits bekannt; für alle verborgen und für alle sichtbar zu gleich.

Beides zugleich wird sich aber in dieser Welt nicht ausgehen. Das Misstrauen in den alltäglichen Gesichtszwang ist vernehmbar. Auch steigt durch Gesichtserkennung und Kontrolle die Gruppe derer, die ihr Gesicht verbergen. Pussy



Martin Schenk ist Sozialexperte der Diakonie Österreich.

Riot in Moskau, die Occupy-Bewegung mit ihren Masken, Banksy inkognito mit seiner Street Art, Peter Licht singt ohne Bild. Die Sehnsucht nach Anonymität wächst.

Auch bei den Mächtigen. Die neue Macht will unsichtbar sein: Als der Autoindustrielle Walter P. Chrysler im Jahr 1929 vom Time Magazine zum „Man of the Year“ gekürt wurde, wuchsen die entsprechenden Gebäude in lichte Höhen: das Chrysler Building zeigte sichtbar, wo die Macht saß: auf 319 Metern Höhe in Manhattan. Die neuen Gebäude der Macht ein Jahrhundert später entstehen in Kalifornien: Facebook baut eingeschossig, lässt Landschaften am Dach wachsen, fügt sich unsichtbar in die Natur. Der digitale Riese baut vertikale Arbeitslandschaften im Grünen. Diese neuen Gärten der Macht wollen verschwinden. Es gibt den Gesichtszwang für alle bei einer gleichzeitigen Ästhetik des Verschwindens der Mächtigen. Die Menschenmasse stellt sich mit Millionen digitalen Ebenbildern aus, während die digitale Macht sich unsichtbar macht.

Dorian Grays verfallendes Porträt lagerte verhüllt in seinem ehemaligen Kinderzimmer unter dem Dach. Das Gemälde unseres sich vervollkommnenden digitalen Ichs steht offen in den wohltemperierten Kellern der Facebook Gärten – und in den gekühlten Hinterzimmern der Geheimdienste. Gut behütet wird dort derweil mein digitales Bildnis immer besser, schöner, sportlicher und perfekter.

SONDERECHE

Verschleppte Schutzpflicht

Schleppergesetze schützen weniger Geflüchtete vor Ausbeutung als Staaten vor ihren menschenrechtlichen Verpflichtungen.

UM DIE ECKE GEDACHT MIT
PHILIPP SONDEREGGER
Illustration: Petja Dimitrova

Der Schlepperparagraf schützt Flüchtlinge nicht, ganz im Gegenteil. Die Kriminalisierung von Fluchthilfe erhöht das Risiko für alle Beteiligten, abgewälzt wird auf die Geflohenen: Je höher die Strafen, desto gefährlicher wird die Reise. Umso schwieriger wird es, effektiven Schutz zu finden. Würden alle Staaten der Erde dem europäischen Beispiel folgen, dann wäre die Genfer Flüchtlingskonvention längst ad absurdum geführt: ein Asylantrag kann erst im Zielland gestellt werden, doch die Reise dorthin ist illegal, und Fluchthilfe wird mit Strafe bedroht. Solange keine Antragsmöglichkeit aus dem Ausland besteht – etwa die abgeschafften Botschaftsanträge –, kann daher behauptet werden: Die Kriminalisierung von Fluchthilfe ist eine gravierende Einschränkung des Rechtes Verfolgter, diplomatischen Schutz in einem fremden Staat zu finden. Eine solche Einschränkung sollte aber gute Gründe haben.

Von einigen BefürworterInnen der Schlepperkriminalisierung wird ins Treffen geführt, dass damit Ausbeutung und Gefährdung von Flüchtlingen bekämpft würden. Die strafrechtlichen Tatbestände sind allerdings durchwegs in anderen Delikten (oder doppelt) geregelt: Wucher, Körperverletzung, Tötungsdelikte, Menschenhandel oder Ausbeutung von Fremden. In den parlamentarischen Unterlagen wird der Gesetzesbeschluss mit einem Rahmenbeschluss des Europäischen Rates begründet, jenem über die „Bekämpfung der Beihilfe zur unerlaubten Ein- und Durchreise

ANDERS GESAGT



Philipp Sonderegger ist Menschenrechtler, lebt in Wien und bloggt auf phsblog.at.

Mir graust es!

Das Fernsehen stellt die Flucht von Menschen in einer Art Reality-Format nach. So ein Abenteuertrip auf dem Rücken Schutzsuchender ist keine gute Idee.

OLIVERA STAJIC ÜBER DIE ROLLE DER MEDIEN, IN EINER PLURALISTISCHEN DEMOKRATIE FÜR DIVERSITÄT ZU SORGEN.

Illustration: Petja Dimitrova



Olivera Stajic ist Redaktionsleiterin von daStandard.at.

sowie des unerlaubten Aufenthalts“ vom 28. November 2002. Um einen Einwand vorwegzunehmen: Dass derzeit alle Nationalstaaten die Ein- und Durchreise von Fremden regulieren dürfen, steht außer Streit. Gleichzeitig bindet uns aber die GFK. Die Regulierung von Ein- und Durchreise darf das Recht auf internationalen Schutz nicht unverhältnismäßig beschränken. Europa hat diese Schwelle aber bereits überschritten.

Das sehen nicht nur NGOs so: Bereits 2009 wurde das Gesetz entschärft. Unentgeltliche Beihilfe zu illegaler Einreise wurde vom Strafrecht in das Verwaltungsrecht verschoben. Selbstlosen FluchthelferInnen droht nur mehr eine Geldstrafe statt Gefängnis. Dem Gesetzgeber war klar geworden, dass er mit der Regelung von 2005 weit übers Ziel hinaus geschossen hatte. Dennoch blieb die Korrektur halbherzig. Ob von den Anschuldigungen gegen Votivkirchen-Refugees noch etwas überbleiben wird, wird man sehen. Ähnliche Gerichtsverfahren zeigen aber, dass die Regelung der Polizei zu viel Interpretationsspielraum lässt. Etwa der Freispruch des chinesischen Ehepaares Z. im Jahr 2007: Die Kripo hatte ihnen die Schleppung von 1.400 Landsleuten vorgeworfen. Nach 14 Monaten U-Haft lösten sich die Vorwürfe in Luft auf. Genauso wie die Existenzgrundlage der beiden – ihre Firma war wegen der langen Inhaftierung ruiniert.

Gerade als die Debatte um die Abschiebung der Flüchtlinge aus dem Servitenkloster und ihre mutmaßliche Verwicklung in Schleppergeschäfte ihren Höhepunkt erreicht hatte, las ich eine Pressemitteilung des ZDF. In Deutschland würden die Vorbehalte der Bevölkerung gegenüber Asylsuchenden zunehmen. Zu lesen ist: „Interessant ist dabei, dass diese Abneigung umso größer ist, je weniger Wissen über Flüchtlinge existiert und je weniger Kontakt es gibt.“ Es sei Aufgabe der Medien, aufzuklären.

Schon jetzt erreichen Bilder gekenteter Boote und von überfüllten Erstaufnahmelagern in Italien und Griechenland die MedienkonsumentInnen. Doch das reicht offenbar nicht. Nun haben die deutschen Fernsehmacher „eine gänzlich neue Art gesucht, sich dem Themenkomplex anzunähern“. Das ZDF schickte sechs Menschen auf eine Reise in den Irak und nach Eritrea, um die reale Flucht zweier Familien „nachzuspielen“, und nennt das Ganze „Auf der Flucht – Das Experiment“. Das internet- und Social-Media-affine ZDF neo stellte die erste Folge der Reality-Doku sogar vorab ins Netz. Ich verfasste eine Kritik auf meinem derStandard.at-Blog. Sie fiel vernichtend aus: „Das Experiment“ unterscheidet sich nämlich keineswegs von den üblichen, menschenverachtenden Reality-Formaten im Privatfernsehen. Die ProtagonistInnen wurden hinsichtlich ihres Konfliktpotenzials perfekt

zusammengesetzt. Von Anfang an ist klar: Das hier wird ein Abenteuer- und Selbsterfahrungstrip und bestimmt kein aufklärerisches Experiment. Die TeilnehmerInnen strotzen vor Unwissenheit, (gespielter) Naivität und Selbstmitleid. Die Schicksale der Flüchtlinge geraten in den Hintergrund. Was das ZDF wollte, die „unmittelbare und vorurteilsfreie Perspektive auf die Situation der Flüchtlinge“, kann es nicht leisten.

Auf meine Kritik fragte ein Poster im Standard-Forum: „Stajic: Kritik nachempfindbar. Ok. Ihre Verbesserungsvorschläge = ...?“ Nun, ich maße mir nicht an, FernsehproduzentInnen Ratschläge zu geben. Was ich aber mit Sicherheit sagen kann: Fluchterfahrung ist nichts, das man nachspielen oder gar nachempfinden kann. Und das ist gut so.

Wir, die JournalistInnen, werden uns auch in Zukunft der „gewöhnlichen“ journalistischen Werkzeuge bedienen müssen, um über Fluchtgründe, globale Konflikte und ihre Ursachen sowie über das Recht auf Asyl aufzuklären. Wenn wir das gewissenhaft und gründlich machen und uns nicht von der politisch motivierten Hetze – egal von welcher Seite – beeinflussen lassen, ist schon viel getan. Es graust mir nämlich, wenn ich daran denke, wie österreichische Medien anlässlich des Servitenkloster-Falles über Asylsuchende und die Thematik „Flucht“ berichtet haben. Es graust mir noch mehr als vor Z-Promis, die Flucht, Entführung und Leid „nachspielen“.

POPULÄRKULTUR

BUCH



Jüdische Stationen

Ester Golan war eine umtriebige, neugierige Person. Mit 15 Jahren entkam sie den Nazis nur durch einen Kindertransport nach England. Ihre Eltern wurden im KZ Theresienstadt und Auschwitz ermordet. Heuer starb Golan im Alter von 87 Jahren in Jerusalem. Zeit ihres

Lebens hat sie ihre Geschichte in Israel, in Deutschland und in Österreich Kindern und Jugendlichen erzählt. Die Lehrerin Angelika Schlackl besuchte sie regelmäßig in Israel, wo Golan auch den Anstoß zu dem vorliegenden, für Kinder geeigneten, Bilderbuch gab: Das Autorinnenteam – die Volksschullehrerinnen Martina Führer, Gertraud Hoheneder und Ruth Nowotny – zeichnen die Lebensgeschichte der Linzer Jüdin Ilse Mass einfühlsam nach, mit einfachen und klaren Worten. Als Kind lebte Mass mit ihren Eltern Julia und Eduard Rubinstein in Linz. Sie hatte eine Puppe Liesl, die ein Dirndlkleid trug, sie ging gerne am Pöstlingberg Schlittensfahrten und in die Konditorei Erdbeerschiffchen essen. Im Brucknerkonservatorium erhielt sie Ballett-

unterricht. Mit dem Anschluss 1938 war die Idylle vorbei: Der Vater wurde nach Dachau verfrachtet, die Vermieterin kündigte der Familie die Wohnung, ihr Geschäft mussten sie an die Nazis abgeben. Die Familie floh zu Verwandten nach Wien und weiter nach Shanghai. Der Vater litt unter den KZ-Folgen und den neuen Lebensumständen und starb an einem Herzleiden. Nach Kriegsende wanderten Mutter und Tochter nach Israel aus, wo sie sich ein neues Leben aufbauen konnten. Für Ilse Mass begann nun ein „normales Leben“: Sie heiratete, bekam einen Sohn und lebt nun in Jerusalem als mehrfache Großmutter und Urgroßmutter. *Rebildert ist das Buch mit historischen Fotos und Buntstift-Zeichnungen von Elisabeth Birngruber und Ruth Longodor.*

Wörter wie „Anschluss“ oder „Konzentrationslager“ sind mit einem Sternchen versehen und werden kindgerecht erklärt. Das dunkle Kapitel Holocaust wirkt aus kindlicher Sicht noch monströser. Kinder werden sicher betrübt und wütend auf diese Geschichte reagieren – eine gute Basis für „Wehret den Anfängen“. *Eva Bachinger*

Martina Führer, Gertraud Hoheneder, Ruth Nowotny (Hg.)
Weg von hier... Linz – Shanghai –Israel.

Stationen im Leben der Linzer Jüdin Ilse Mass.
 Wagner Verlag
 73 Seiten, zahlreiche Abbildungen und Fotos, 21,00 Euro

BUCH



Die imaginierte Bettlerflut

Im Mai 2011 trat in Graz die Novelle des Landessicherheitsgesetzes in Kraft, das Betteln im öffentlichen Raum verbietet. Damit ging die Kriminalisierung jener MigrantInnen aus Osteuropa einher, die um Geldspenden baten. Die Auswirkungen auf die sozio-ökonomischen Verhältnisse der Betroffenen konnten im vorliegenden Buch nicht mehr analysiert werden. Uni-Studien wie jene, auf der auch diese Publikation basiert, wären jedoch für eine Objektivierung der Debatte hilfreich. „Über zehn Jahre blieb die unkritisch wiederholte Annahme ausbeuterischer Strukturen hinter dem Betteln eines der zentralen Diskussionsthemen ...,

bis es nach der Publizierung von Untersuchungsergebnissen durch Exekutive und Staatsanwaltschaft, die das Gegenteil bewiesen, deutlich abflaute“, schreiben die AutorInnen. Sie untersuchen, wie Feindbilder in der politischen Kommunikation aufgebaut werden. Betteln wurde mit Kriminalität verknüpft, weil die Sorge bestand, im Ausland wegen des Bettelverbots in ein „schlechtes Licht“ gerückt zu werden. Da die StadtpolitikerInnen keine Beweise anführen konnten, verlegten sie sich auf eine Rhetorik, mit der das Bild krimineller BettlerInnen zementiert werden sollte. Das erinnert an den Kärntner Landeshauptmann, der mehrmals unrich-

tige Behauptungen aufstellte, um eine bestimmte Stimmung zu erzeugen. Wenn er dann widerrufen musste, hatte das kaum mehr Einfluss auf die geschaffenen Tatsachen. Im Fall der Betroffenen der Bettel-Diskussion kommt hinzu, dass sie sich, zudem auf deutsch, kaum wehren können. Sündenbock-Politik unter der Lupe. Eine Empfehlung. *red*

Stefan Benedik, Barbara Tiefenbacher, Heidrun Zettelbauer
Die imaginierte Bettlerflut. Temporäre Migrationen von Roma/Romnija – Konstrukte und Positionen.
 Verlag Drava
 158 Seiten; 14,80 Euro

Das wollte ich nicht hinnehmen

19 Euro pro Tag und Person erhalten Pensionen auch im Burgenland für die Beherbergung von Flüchtlingen. Die Leistung stimmt aber nicht immer. Gerlinde Grohotolsky von der Plattform Bleiberecht Burgenland setzt nach.

PORTRÄIT: SÓNIA MELO

Un längst hat Daniel seinen ersten Geburtstag gefeiert. Er ist der fünfte Sohn einer afghanischen Familie und nach einem 31-jährigen Daniel genannt: dem Sohn Gerlinde Grohotolskys.

Die Sprecherin der burgenländischen „Plattform Bleiberecht“ hat die Mama von Klein-Daniel durch die ganze Schwangerschaft bis zur Geburt begleitet. Für Grohotolsky war die Geburt berührend, denn sie konnte, wie sie es formuliert, die afghanische Familie aus der „Hölle in Stinatz“ herausholen. So bezeichnet die 62-jährige gebürtige Burgenländerin jene Gasthöfe und Pensionen, die AsylwerberInnen menschenunwürdig unterbringen, um mehr Gewinn abzuschöpfen.

„Wie Frauen und deren Familien in Asylpensionen untergebracht waren, konnte ich nicht einfach so hinnehmen“, gesteht die Aktivistin. Von den Missständen erfuhr sie als Deutschlehrerin in den Frauenberatungsstellen von Güssing und Jennersdorf. 2011 beschloss sie, bei der Volksanwaltschaft Beschwerde einzureichen. Das war der Anlass für die Gründung der Plattform Bleiberecht gemeinsam mit SOS Mitmensch Burgenland.

Mit sozialem Engagement machte Grohotolsky bereits früh Erfahrung. Die fünfjährige Gerlinde half 1956 ihrer Mutter, die beim Roten Kreuz aktiv war, Flüchtlinge aus Ungarn zu versorgen. Im Gymnasium, einer Klosterschule in Eisenstadt, rebellierte die widerspenstige Jugendliche gegen die dortige Ordnung. Sie verweigerte die Ohrenbeichte, boykottierte Exerzitien und stellte überhaupt vieles in Frage. Zweimal stand



Die Burgenländerin trat gegen Mißstände in Pensionen ein - nun hat sie dort „Hausverbot“.

sie kurz davor, von der Schule verwiesen zu werden.

Als sie schwanger wurde, das ist schon 30 Jahre her, brach sie das Studium der Politikwissenschaft im Dissertationsstadium ab. Heute leistet sie dennoch wertvolle politische Arbeit. Ihre Initiative konnte u. a. rhetorische und auch körperliche Übergriffe auf die untergebrachten Menschen aufdecken. Die Plattform recherchierte, welche burgenländischen Gastwirte durch Rassismus auffielen und wer nur zwei Mahlzeiten am Tag zur Verfügung stellte. Grohotolsky sieht im Verhalten dieser PensionsbetreiberInnen nicht nur eine Menschenrechtsverletzung, sondern auch einen Verstoß gegen das Grundversorgungsgesetz. 19 Euro erhalten

die Betriebe pro Tag und Flüchtling als Tagessatz aus Bundes- und Landesmitteln. Mit der Überprüfung der Leistungen ist das aber so eine Sache. Mindeststandards und Qualitätskriterien fehlen im Burgenland. Auch das will die Plattform ändern, erst kürzlich richtete sie eine Beschwerde an die Volksanwaltschaft.

Die Mitglieder der Initiative arbeiten alle ehrenamtlich. „Wir leisten Flüchtlingen Unterstützung in allen Lebenssituationen“, zeigt sich die Sprecherin stolz auf dieses Engagement. Obwohl erst vor zwei Jahren gegründet, verfügt die Plattform bereits über ein gutes Netzwerk. Sichtbar wurde das etwa im Juni 2013, als man in Oberwart gemeinsam mit anderen die Abschiebung der armenischen Familie Simonyan verhindern konnte. Der Familie, die nach jahrelangem Aufenthalt als gut integriert galt, war die Abschiebung innerhalb von zwei Wochen angekündigt worden. Der Vater, ein ehemaliger Polizist, die Mutter Kindergärtnerin, die drei Kinder zwischen 15 und 18 Jahre alt. Am gleichen Tag, an dem die Familie den Bescheid erhielt, hatte die älteste Tochter vom AMS die Arbeitserlaubnis erhalten. Nach den Protesten wurde die Abschiebung ausgesetzt.

Im Burgenland will Grohotolsky nicht nur Missstände aufzeigen, sondern auch positive Beispiele hervorheben. Dafür vergab die Plattform heuer erstmals den Menschenrechtspreis Umanity-Awards für besonders engagierte Menschen. In der Pension, wo der kleine Daniel lebte, hat Grohotolsky übrigens Hausverbot.

POPULÄRKULTUR

BUCH



Verbraucherdemokratie

Welche Handlungsspielräume haben die KonsumentInnen – gibt es einen politischen Konsumerismus als zivilgesellschaftliche Bewegung? Wie gehen ethischer Konsum und die Gesetze des Marktes zusammen. Und welche Rolle kann die Politik dabei spielen? Der Autor benutzt mit Verbraucherdemokratie einen Begriff, der erst ausgefüllt werden will. Man könnte darunter etwa etwas völlig Neues verstehen, so Lamla, das die in die

Krise geratenen, nationalstaatlich organisierten repräsentativen Institutionen demokratischer Politik vielleicht sogar ersetzen könnte. Die Demokratie verlagert sich in eine andere Arena, den Markt. Hier würde das Volk in seiner Vielheit als Consumer Citizens agieren, die die Großkonzerne beeinflussen. Oder wäre das keine gute Idee, weil damit dem Staat die letzten Kompetenzen entzogen würden? Und sollte man sich nicht lieber ganz auf die UnternehmerInnen und AktionärInnen konzentrieren? Ein spannendes Buch, das die Zusammenhänge von Markt und Demokratie auf neue Weise zu begründen versucht. *red*

Jörn Lamla

Verbraucherdemokratie. Politische Soziologie der Konsumgesellschaft
Suhrkamp Verlag
507 Seiten, 22 Euro

AKTIVISMUS



Wienwoche

Vom 12. – 29. September findet zum zweiten Mal die „Wienwoche“ statt. Unter dem Motto „demokrazija-ja-ja...“ beleuchten künstlerische Projekte die Möglichkeiten demokratischer Partizipation. Unter den Projekten findet sich das Filmprojekt „Da. Sein“ über das Leben von Menschen nach der Abschiebung; das Demokratie-Experiment „WahlweXel jetzt!“ zur Nationalratswahl, das aktivistische Interventions-Labor „Rebelodrom“ und die radikale Konsumkritik von „wastecooking’s free supermarket“ samt Gourmetküche aus weggeworfenen Lebensmitteln.

www.wienwoche.org

FILM



Population Boom

Propaganda oder Fakt? Stimmt es tatsächlich, dass die Erde vor dem Problem der Überbevölkerung steht? Regisseur Werner Boote („Plastic Planet“) hat sich auf die Reise in unterschiedlichste Regionen der Welt von Afrika bis Asien begeben, um dem Mythos der Überbevölkerung nachzuspüren. Dass es nicht genügend Raum gebe, kann Boote dabei nicht bestätigen. Afrika etwa ist im Vergleich mit Europa flächenmäßig nur zu einem Drittel besiedelt. Und selbst wenn man alle Menschen der Welt nach Öster-

reich einladen würde, so rechnet Boote vor, würden sich die Menschen dennoch nicht zu einer Pyramide stapeln müssen, sondern hätten noch mehrere Quadratmeter Platz für sich. Auch die Frage der Ressourcen lässt sich nicht so leicht beantworten. Deren Verbrauch ist im Westen um ein vielfaches höher als in anderen Weltgegenden. In Europa nehmen Menschen wesentlich mehr Kalorien zu sich, als sie eigentlich pro Tag bräuchten. Das führt nicht nur zu Übergewicht, sondern lässt die Diskussion der globalen Überbevölkerung als eher ziemlich egoistisch wirken. „Population Boom“ ist aber kein Film mit erhobenen Zeigefinger, sondern eine lockere Welttour mit einem witzigen Reiseleiter, der sein Thema aber nie aus dem Blick verliert. Der Film läuft am 20. September in den Kinos an. *red*

FILM



Liebe ohne Grenzen

Ab 6. September ist der Dokumentarfilm „Die 727 Tage ohne Karamo“ in den Kinos zu sehen. Darin erzählen bi-nationale Paare, welche Stärke man aufbringen muss, um mit einem Menschen außerhalb der EU verheiratet zu sein. Kriminalpolizisten betreten die Wohnung, um nach Beweisen für ein geregeltes Zusammenleben zu suchen. Unterhosen werden dabei zu einem

wichtigen Indiz. Eine Frau, die mit ihrem Ehemann aus Nigeria ein kleines Kind hat, muss hilflos zusehen, wie die Polizei ihren Mann verhaftet und innerhalb weniger Stunden abschiebt. Jede Novelle des Fremdenrechts, so gewinnt man den Eindruck, bedeutet einen Rückschritt an Menschlichkeit. Das gilt auch für den schönen Slogan Deutsch vor Zuzug. In China muss eine Frau eine vierstündige Fahrt zu einer Stunde Deutschkurs auf sich nehmen. Für die Prüfung ist dann sogar ein Flug nötig. Dass unter solchen Umständen Paare erfolgreich getrennt werden, wird lebhaft vorstellbar. In diesem Film tritt aber auch der Mut dieser Paare zutage. *red*

POPULÄRKULTUR

BUCH

Steuerkrimi

Klingt dröge, liest sich aber so spannend wie ein Krimi. Und so einiges, was in diesem Buch geschildert wird, klingt tatsächlich kriminell. Beschrieben wird eine gigantische Umverteilung von unten nach oben – über ein Steuersystem, das seine Aufgabe als soziales Regulativ auf bizarre Weise interpretiert. Das Steuerrecht erlaubt in Deutschland z.B. Unternehmen wie BMW oder der deutschen Telekom hohe Verlustvorträge. Auch für „risikante“ Übernahmen, was man als interessante – wenn auch unbeabsichtigte – Förderung ansehen darf. Unternehmen mit gigantischen Schulden werden billigst aufgekauft und schon rutscht die Steuerschuld in den Keller. Verluste in Konzernen werden auf abenteuerliche Weise gegenverrechnet, Gewinne in Niederlassungen in Länder verschoben, wo kaum Abgaben drohen. Auch wenn der Eindruck entsteht, Regierungen würden sich bemühen, das einzudämmen, forcieren sie aufgrund einer sich hochschaukelnden Steuerkonkurrenz Praktiken wie diese. Osteuropäische Staaten, die unter dem Druck stehen, ihre Ökonomien dafür zu rüsten, haben eine deutlich geringere Steuerquote als Westeuropa. Geld, das der öffentlichen Hand für Gesundheit, Bildung, soziale Dienstleistungen fehlt. In Rumänien beträgt die Steuerquote am BIP 29 Prozent, in Dänemark beträgt sie 49 Prozent. Aber auch Entwicklungsländer sind genötigt, sich an dieser sinnlosen Steuerkonkurrenz zu beteiligen. Mauritius versuchte indische Software-Unternehmen

über vollkommene Steuerbefreiung anzulocken. Das Ergebnis, so Liebert: „Mit Abstand die meisten ausländischen Direktinvestitionen in Indien stammen – scheinbar – aus dem winzigen Mauritius.“ Von dort kam plötzlich die fünffache Investmentsumme des Hauptinvestors USA. Die finanzielle Umverteilung funktioniert damit nicht nur hervorragend auf nationalstaatlicher Basis, wo die Bevölkerungen hart für die Gewinne der Unternehmen sparen, sondern auch global. Sogar die Europäische Investitionsbank finanziert Projekte in Afrika und Asien bevorzugt über Steueroasen – weil sich damit „Kosten sparen“ lassen. *red*

Nicola Liebert
Steuergerechtigkeit in der Globalisierung
 Verlag Westfälisches Dampfboot
 330 Seiten, 29,90 Euro



Foto: Regina Antal

LISTEN

2 X 5 DINGE UND SONST?

Clara Akinyosoye ist freie Journalistin, Chefredakteurin von M-MEDIA und MO-Autorin.

5 Dinge, die in Österreich fehlen:

- 1 Chancengleichheit
- 2 Eine Gratiszeitung mit Qualität
- 3 Debatier-Unterricht
- 4 Sissi Teil 4
- 5 Ein hundefreundlicher Supermarkt

5 Dinge, die in Österreich stören:

- 1 Rot-Schwarzer-Proporz
- 2 Gratiszeitungen ohne Niveau
- 3 ATVs Geschäft mit der Liebe
- 4 Tauben
- 5 Der rechtsextreme Teil der FPÖ

Und sonst?/Mai altceva?

„Nennen Sie mir ein Land, in dem Journalisten und Politiker sich vertragen, und ich sage Ihnen, da ist keine Demokratie.“ Hugh Carleton Greene

UN

RECHT

Damit wir uns weiterhin für die Rechte aller Menschen einsetzen können

PSK 91000590, BLZ 60000

DANKE!



Ihre Spende ist steuerlich absetzbar



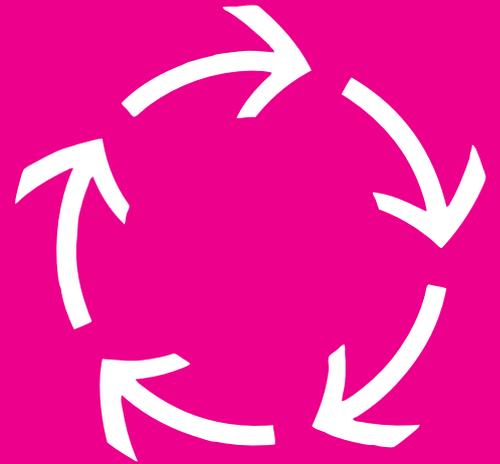
www.sosmitmensch.at

clean politics

meine stimme

gegen rassismus

kampagne für eine politik ohne diskriminierung & ausgrenzung



jetzt handeln! act now!

»»»»»» www.zara.or.at



SPENDENAUFRAF

Unterstützen Sie unabhängige Menschenrechtsarbeit

Unabhängigkeit steht bei SOS Mitmensch an oberster Stelle. Deshalb finanzieren wir unsere Menschenrechtsarbeit ausschließlich durch private Spenden und Beiträge. Wir erhalten keinerlei Vereinssubvention vom Staat. Auch MO – Magazin für Menschenrechte finanziert sich durch private AbonentInnen, Kolportage und Inseratschaltungen, wobei Inseratschaltungen der öffentlichen Hand in der Regel nur einen ge-

ringen Teil ausmachen. Umso wichtiger ist es, dass die Menschen, die unseren Einsatz für Menschenwürde und gegen jede Form von Rassismus wichtig finden, uns unterstützen. Mit jeder Spende stärken Sie unsere Menschenrechtsarbeit.

Auf unserer Webseite finden Sie einen Spendenbutton zum Anklicken oder spenden Sie direkt auf unser PSK-Konto: 91000590, BLZ: 60000



Engagement unterstützen.

BUDGETPOLITIK

Wahlkompass: Budgetpolitik der Parteien im Check



Wie stehen die Parteien zu Vermögenssteuern? Wie zu einer ökologischen Steuerreform? Wie halten sie es mit einer menschengerechten Grundversorgung für

Asylsuchende? Und wie stehen sie zum Ausbau der Pflege oder zu einer Arbeitszeitverkürzung?

In Wahlkämpfen ist es oft gar nicht so leicht zu durchschauen, wofür die einzelnen Parteien wirklich stehen. Deshalb hat die von Umweltorganisationen, Gewerkschaften, Menschenrechtsorganisationen und Sozialbewegungen getragene Allianz „Wege aus der Krise“ an alle bundesweit kandidierenden Parteien Fragen zu gesellschaftlichen und sozialen Schlüsselthemen ausgeschickt. Die Antworten stellen eine wichtige Richtschnur für die Wahlen 2013 und für das kommende Regierungsprogramm dar.

Alle Fragen orientieren sich übrigens an den Budgetvorschlägen, die die zivilgesellschaftliche Allianz „Wege aus Krise“ seit 2010 jährlich präsentiert. Die Ziele dieser „Zukunftsbudgets“ sind gerechte Verteilung, ökologische Nachhaltigkeit, eine Stärkung von Demokratie und Menschenrechten, die Sicherung von Zukunftsinvestitionen und Geschlechtergerechtigkeit. Bereits mehr als 20.000 Personen haben die Aktion „Ja zum Zukunftsbudget“ unterzeichnet.

Wahlkompass und Infos zum zivilgesellschaftlichen Budget finden Sie auf www.wege-aus-der-krise.at

SOS Mitmensch unterstützt clean politics

Die clean-politics-Kampagne des Vereins ZARA-Zivilcourage und Anti-Rassismus-Arbeit setzt sich für eine rassistis-freie Politik ein. PolitikerInnen werden dazu aufgefordert, auf rassistische und hetzerische Parolen zu verzichten und als Vorbilder für eine inklusive Gesellschaft ohne strukturelle Diskriminierung aufzutreten.

Gegen Unmenschlichkeit unterschreiben

15 Organisationen aus dem Kinderschutz-, Asyl- und Menschenrechtsbereich haben sich zusammengetan, um ein starkes Zeichen für eine menschliche Flüchtlingspolitik in Österreich und Europa zu setzen. Schon mehr als 18.000 Menschen unterstützen die Petition. Jetzt die Stimme erheben auf www.gegen-unmenschlichkeit.at

Homepage in neuem Gewand

Nach zehn Jahren im gleichen Gewand war es für uns an der Zeit, das Outfit zu wechseln und unsere SOS-Mitmensch-Homepage rundum zu erneuern. Unser großer Dank geht an die Agentur Zeitpunkt und an Modularplus für Programmierung und Design: www.sosmitmensch.at



ANDERE ÜBER ...

Egal welcher Pass

Wer in diesem Land lebt, soll auch wählen dürfen. Ein fast schon banales demokratisches Prinzip. Und doch nicht in Kraft, kritisiert Susanne Scholl.



Illustration: Petja Dimitrova

Kennen Sie das? Die Frage, wen man wählen soll und warum man überhaupt wählen gehen sollte? Und geben Sie es ruhig zu: Sie stellen sich diese Fragen vor jeder Wahl!

Mir jedenfalls geht es so. Und dann sage ich mir, dass das Wahlrecht eines jener demokratischen Grundrechte ist, für das Menschen gestorben sind, um das man hart kämpfen musste und das trotzdem gar nicht so eine Selbstverständlichkeit ist, wie es uns heutzutage scheinen mag. Natürlich – Wahlen bringen manchmal haarsträubende Resultate, das „Wahlvolk“ entscheidet häufig durchaus auch gegen den eigentlichen Sinn der Demokratie. Und in solchen Fällen – auch das soll hier durchaus zugegeben werden – wünschte man sich manches Mal, dass eben dieses Wahlvolk doch nicht mitentscheiden sollte. Und das ist natürlich ein durch und durch undemokratischer Wunsch.

Eine ganze Partei: nicht wählbar

Andererseits steht die Frage bisher unbeantwortet im Raum, warum ein gar nicht so kleiner Teil der hierzulande lebenden Menschen von ebendiesem demokratischen Grundrecht ausgeschlossen ist. Menschen, die vielleicht auch undemokratischen Politikern ihre Stimme geben würden – und die trotzdem eigentlich das Recht haben müssten, bei jeder Wahl ihre Stimme abzugeben. Menschen, die hier arbeiten, leben, ihre Kinder großziehen – kurz, die ihren Lebensmittelpunkt in diesem Land haben und damit von dem betroffen sind, was bei einer Wahl in die Wege geleitet wird. Weshalb gerade hier in Österreich eine Reform des Wahlrechtes

mehr als dringend nötig ist. Wer in diesem Land lebt, soll auch in diesem Land darüber abstimmen können, wie die Regierung und die Politik eben dieses Landes aussehen. Ein eigentlich fast schon banales demokratisches Prinzip. Und doch nicht in Kraft. Eine der vielen Statistiken der jüngsten Zeit besagt, dass zwölf Prozent der österreichischen Bevölkerung nicht wahlberechtigt sind. Eine ganze Partei also. Das hat mit Demokratie wenig zu tun. Weshalb verständlich ist, wenn Initiativen wie „Wahlwexel“ eine symbolische Handlung setzen. Auch wenn diese natürlich nur eben das sein kann: ein Symbol für Unrecht nämlich.

Denn natürlich kann es nicht sein, dass einer auf sein demokratisches Recht verzichtet, um es einem anderen zu übergeben. Also lautet die Botschaft: Wir alle haben das Recht, mitzubestimmen, wohin sich dieser Staat bewegt, in dem wir alle leben. Nicht das Abtreten der eigenen Stimme an einen, der von Amtes wegen keine Stimme haben darf, muss das Ziel sein, sondern das Recht aller hier Lebenden, mitzureden, wenn es darum geht, wie dieses Land aussehen, leben, sich organisieren soll. Wer hier lebt, soll auch wählen dürfen. Und darüber hinaus: Wer hier geboren wurde und wird, sollte grundsätzlich alle Bürgerrechte haben, egal welchen Pass seine Eltern haben, egal in welchem Land diese seine Eltern geboren wurden. In einem wirklich demokratischen Land kann es keine Bürger erster und zweiter Klasse geben – und auch keine Gruppe von Menschen, die von allen demokratischen Entscheidungen ausgeschlossen werden.

ZUR PERSON

Susanne Scholl

Susanne Scholl studierte Slawistik und arbeitete viele Jahre lang als Korrespondentin für den ORF. Sie berichtete u. a. aus Moskau und Deutschland, erhielt zahlreiche Preise und trat mit mehreren Publikationen, darunter Lyrik und Romane, auch als Sachbuchautorin in Erscheinung. 2011 erschien ihr Buch „Allein zu Hause“ (Ecowin Verlag), in dem sie Menschen porträtiert, die in Österreich Schutz vor Verfolgung suchten.



„DER STANDARD nimmt keine Rücksicht. Aber deshalb abonniere ich ihn ja.“

Mag. Roswitha Posnik, STANDARD-Abonnentin seit seiner Gründung 1988



DER STANDARD ist unabhängig und muss sich vor keinem Konzern, keiner Partei und keiner Jagdgesellschaft ein Blatt vor den Mund nehmen. Wie sich DER STANDARD so etwas erlauben kann? Dank jener Menschen, die ihn aus genau diesem Grund abonnieren.



mo

MAGAZIN FÜR MENSCHENRECHTE NR. 31

SOS
MITMENSCH

2,50€
KOLPORTEUR DAVON
2,00€

Magazin für Menschenrechte 27/2013, Juni/September, Herausgeberin: SOS Mitmensch, Zollergasse 15, A-1070 Wien, www.momagazin.at



Bilanz
2 JAHRE SEBASTIAN KURZ
win-win-Situation
GEMEINWOHL-ÖKONOMIE

KAPITALISMUS OHNE VERLIERER?

■ Ja, ich will 4x jährlich MO lesen.

- StudentInnen | Selbstkostenabo **10 Euro**
- Normalabo **20 Euro**
- Förderabo **60 Euro** (mit dem Förderabo unterstützen Sie Verkaufsschulungen für unsere KolporteurInnen)

SOS
MITMENSCH

**MO – Im entscheidenden Augenblick
das Richtige tun!
Menschenrechte gehen uns alle an.**

Name

Adresse

PLZ | Stadt

E-Mail abo@momagazin.at

Post SOS Mitmensch, Zollergasse 15/2, A-1070 Wien